Groß-Berlin: Donnerstag, den 26. Oktober:

Mitgliederversammlungen in allen Bezirken!

Erscheinen in den Arbeitsbezirken ist Pflicht!

kalisten ihn geeignet, ihn in ihr Sammelsorium einzureihen, machten in Düsseldorf eine „Einigungs-Konferenz" und rangierten den ganzen Wust zusammen in die KPUD. (Syndikalisten). Als Gegenwert erhielten die Leiter der „Union" Büros eingerichtet und eine Zeitung. Die Syndikalisten verlangten dafür die Anerkennung ihrer „Prinzipienerklärung". Diese wurden voll anerkannt. Mittlerweile wirkte aber der Rubel, die Leute traten mit ihrer Zeitung zur KPD. über und machten sich selbständig. Zu ihnen gesellte sich ein gelbes Verbändchen, der Hand- und Kopfarbeiterverband", und eine vom Landarbeiterverband abgesplitterte kleine Gewerkschaft. Das syndikalistische Reklameschild behielt man bei und nannte sich „Freie Arbeiter-Union (Gelbe Kirchen)". Mit der gestohlenen Zeitung ging der ganze Krempel in die „Rote Gewerkschaftsinternationale". Für die Stipendien, die sie aus Moskau bekamen, mußten sie die Erklärung abgeben, den Gewerkschaften keinen Abbruch zu tun. Wenn diese „Gelbenkirchener" sich nicht damit begnügten, sondern auch den Gewerkschaften Mitglieder wegzuschnappen, sperrte Moskau die Stipendien. Die Gewerkschaftsführer, auch die Gewerkschaftsarbeit-Führer haben aber Preßmittel in den Proletariern, die sie leithammeln. Der ganze Schwung trat so lange aus der KPD. aus, bis Moskau wieder Geld schickte. Im ganzen traten sie bisher siebenmal aus. Jetzt gehören sie wieder zur KPD.

Dies ist die Gelbenkirchener „Union", die in Essen unter Brandlers Oberhoheit im Auftrage Moskaus ihren Kongreß machte. Dies ist derselbe Brandler, der vor Gericht erklärte: „Die Diktatur des Proletariats ist möglich sogar bei Bestehen der deutschen Verfassung. . . . . Der Profit der Kapitalisten wird durch die Diktatur des Proletariats verboten werden, und das kann **ohne Einschränkung des in der Verfassung geschriebensten Eigentumsrechtes geschehen. Das ist die Diktatur des Proletariats."**

Dafür nannte ihn der Staatsanwalt „einen klugen Kommunisten" und nach seiner Verurteilung zu Festungshaft bekam er Urlaub. Als er nach Moskau ausfuhr, wurde er begnadigt. Solche „klugen Kommunisten" kann die Bourgeoisie nicht entbehren. Daß sie recht tat, ihren Brandler zurückzuholen, werden wir gleich sehen. Er verlas einen Brief aus Moskau, in dem diese Stelle enthalten ist:

„Eine Arbeiterorganisation, welche ihre ganze Aufmerksamkeit nur der Zukunft zuwendet und nichts tut in der Gegenwart, rivisiert, zu einer starren Sekte zu werden, die einig den Kommunismus predigt, statt praktische Vorbereitungsarbeit, Sammlung und Schulung der proletarischen Kräfte zu leisten."

Das die Stipendien und die Androhung, den Brotkorb höher zu hängen, seine Wirkung nicht verfehlt, geht aus den Beschlüssen hervor. Diese zeugen davon, daß diese „Union" noch dieselbe ist, die noch vor einigen Monaten in Rheinland-Westfalen gegen die Gewerkschaften organisierten Streikbruch beging. Die „Rote Fahne" (Nr. 449) kleidet das in diese Worte:

„Infolge organisatorischer Mängel und finanzieller Schwäche war die Union oft bei Kämpfen genötigt, eine durchaus nicht revolutionäre Haltung einzunehmen. In allen diesen Punkten haben die Kongreßbeschlüsse den Weg zur Besserung vorgezeichnet."

Aus diesen Kongreßbeschlüssen sei nur ein Satz wiedergegeben:

Die Union der Hand- und Kopfarbeiter verpflichtet sich, jede Arbeit dieser Opposition **zur Revolutionierung der Gewerkschaften mit allen Kräften zu unterstützen. Sie wird im Einvernehmen mit der Partei alles tun, um die revolutionären Elemente in den Gewerkschaften zu halten.** Sie erklärt aber ausdrücklich, daß die Frage der Ausgeschlossenen nicht zu einer Spaltung in der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung führen darf.

Das ist eine komplette Selbstkastrierung. Diese „Union" ist künftig nur ein Gramophon, das ewig singt: „Hinein in die Gewerkschaften". Sie darf nicht nur nicht den Gewerkschaften Abbruch tun, sondern auch nicht einmal die Ausgeschlossenen aufnehmen, soweit ihnen die Gewerkschaften nicht die bürgerlichen Ehrenrechte abtprachen. Sie wird ein Hort derer sein, die in den Gewerkschaften nicht mitzureinigen befähigt sind. Höchstens darf sie noch in dem Sumpf fischen, der den wirtschaftsfriedlichen Werkvereinen schon zu morastig ist. Das „Aktionsprogramm" sagt darüber:

Kampf gegen jeden Indifferentismus. Erfassung aller Unorganisierten, Indifferenten und anderer Arbeiter und ihre kommunistische Erziehung zu revolutionären Klassenkämpfern."

Wie das gemacht werden soll, sagt das wunderbare „Aktionsprogramm" auch:

Kampf für die Erhöhung der Reallöhne und gegen die Teuerung.

Kampf zur Erweiterung der Rechte der Betriebsräte.

Kampf um die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte.

Die „Union der Hand- und Kopfarbeiter" bleibt ein gelbes Arbeitsgemeinschaftsinstrument unter der Leitung einiger von Moskau bestellten Gewerkschaftsinvaliden. Was sie dem Kapital neben der Stärkung der Gewerkschaften noch an Diensten leisten können, ist den Unionsgedanken schänden. Aber die Revolution wird auch über diese „Union" zur Tagesordnung übergehen.

Sie „revolutionieren"

Die Beweisaufnahme ist geschlossen. Die Beratung des Richterfollegiums wird vertagt. Das Urteil wird den Angeklagten schriftlich zugestellt werden.

Du denkst gewiß Schmutzertod, oder Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik? Daneben getroffen. Gewerkschaft!

Es handelt sich natürlich um einen Prozeß gegen Proletarier, die die Gewerkschaft „revolutionieren". Die Organisation, die sich gegen die „Revolutionierung" mit vollem Recht wehrt, ist der Zentralverband der Angestellten. Einst die Gewerkschaft, die jahrzehnte an der Spitze der Arbeiterbewegung stand. Während des Krieges die einzige, die keine Kriegsanleihe zeichnete. Heute ein heilloser Sumpf, Korruption und Schmutz. Der Inquisitor, der im Hintergrunde steht, ist Herr Hugo Cohn, Berliner Vorsitzender. Es ist der Cohn, der nach Kriegsausbruch, als er noch nicht gemäßigt war, zum Berliner Vorsitzenden, Mitglied der SPD. und der USP. war. Der die Fraktionen beider Parteien zusammenriet und für sich Propaganda machte und beide — zum Stillschweigen verpflichtete, weil „die anderen es nicht wissen brauchen, daß ich bei euch bin, dann wählen sie mich, weil sie glauben, ich bin bei ihnen, und ich kann für euch wirken" — Und beide Parteien wählten den Cohn. In einer Versammlung in der Gewerkschaftsbörse verlangte ein USP.-Mitglied, Nichtmitglied des J. d. A., das USP.-Buch, und Herr Cohn zeigte das Verlangen das SPD.-Buch. Der USP.-Mann wurde bald darauf Angestellter des J. d. A. — als Nichtmitglied.

Zum Prozeß: Der KPD.-Mann, der den J. d. A. „revolutionieren" wollte, ist Sally Cohn. In einer Versammlungen in Frebuar, als der J. d. A. die streikenden Angestellten verraten hatte, beschloß eine Mitgliederversammlung den Ausschluß des Bonzen Alfred Krüger, gegen 7 Stimmen. Sally Cohn rief Krüger zu: „Verrat". Der Revolutionierer Leon Saul rief: „Sehr richtig." Die Mitglieder ließen sich durch die Verordnungen des Alfred Krüger überzeugen, daß nicht die Mitglieder den Krüger ausschließen können, wohl aber der Krüger die Mitglieder. Im Februar ging das noch nicht. Jetzt aber, im Oktober, hat die „Revolutionierung" „Fortschritte" gemacht und der Krüger schließt den Sally Cohn und den Leon Saul aus. Die Mitglieder, die den Krüger „ausschlossen", nicht, denn sie müssen ihm sein Gehalt weiterzahlen. Aber an Sally Cohn und Leon Saul wurde ein Exempel statuiert. Noch einer wurde ausgeschlossen. Das spielte sich so ab:

Beisitzer Denzer zu Degner: „Geben Sie zu, Artikel für die „Rote Fahne" geschrieben zu haben?"

Degner: „Jawohl, ich gebe zu geschrieben zu haben und werde auch weiterhin schreiben." („R. F." Nr. 445.)

Degner wurde ausgeschlossen!

Wieder sind 3 Mitglieder von der Gewerkschaftsarbeit entbunden; sie können jetzt alle Kraft verwenden zum Schreien: „Hinein in die Gewerkschaften." Das russische Kapital verlangt das als Gegenwert für die Stipendien.

Aus der Betriebsrätepraxis

Betriebspolizisten

Eine Ueberraschung erlebte die Belegschaft der Maschinenfabrik Freundlich (Düsseldorf). Beamte hatten sich an den Toren der einzelnen Betriebe und auf dem Wege nach dem Portier postiert. Kurz vor dem Portier war es den meisten klar, was gespielt wurde. Hier visitierte der Betriebsleiter Löwental mit einem Betriebsratsmitglied die Arbeiter. Nicht nur Eßgeschirrbehälter, sondern von Kopf bis zu Fuß. Einzelne Arbeiter haben sich gewehrt, derartige Handlungen mit sich vornehmen zu lassen.

Außerdem wurde noch Schranktrevision vorgenommen. Es sollte ein Hemm gestohlen worden sein, von fünf Zentimeter breit und zirka 1 Meter lang. Die Belegschaft war empört über diese Machenschaften und verlangte eine Belegschaftsversammlung. Auf dieser versuchte der stellvertretende Obmann sein Tun zu entschuldigen und meinte es wäre doch besser, daß sie dies besorgten, anstatt die Grünen oder Kriminalpolizei. Die Versammlung belehrte ihn eines besseren. Bei einer Abstimmung zeigte sich das Ergebnis, daß seine einzige Stimme die Handlung dieses famosen Betriebsrats billigte. Er versprach die Konsequenzen zu ziehen. Jedoch wie man heute hört, hat ihm die Firma dieses untersagt, mit dem Bemerken; wer etwas gegen den Betriebsrat hat, soll namhaft gemacht werden.

Da nun nicht viel Aufträge vorliegen, sucht man mit Hilfe des Betriebsrats zu „säubern". Die Belegschaft vertrat die Ansicht, daß sicher die Arbeitszeit eingeschränkt wäre, anstatt Arbeiter wegen 1 Eßgeschirr Kohlen und einen anderen wegen etwas Brennholz 8 Tage auszusperren.

Dieses alles können sich die Herren leisten, es wird ihnen ja von den Gewerkschaftsbürokraten und Betriebsräten hilfreiche Hand dazu geboten. So sieht die Kontrolle der Produktion in der Praxis aus, aber die Partei von Moskaus Gnaden wird nicht müde, dem Proletariat vorzulügen, daß, wenn Betriebsräte die Produktion kontrollieren, es besser gestellt wäre um die Arbeiterschaft! Proletarier, wann dämmert es?

Auch auf diesen Fall treffen wieder die in der vorigen Nummer des „Kampfruf" unter „Der Herr Rat wird bejardert" gemachten Schlußfolgerungen zu. Als dieser Herr Rat gewählt wurde, hatte er in vollem Maße das Vertrauen der Belegschaft. In seiner Eigenschaft als Betriebsrat, als Funktionär des Unternehmers, wurde er infolge seines anderen Aufgabenkreises — losgelöst von dem Revolutionsprozeß, Verwaltungsleiter, beaufsichtigende Stellung — ein anderer. Heute ist er Büttel des Kapitals, der seine Aufgabe im Interesse des Unternehmers gegen seine früheren Mitarbeiter besser zu erfüllen glaubt, als „Grüne oder Kriminalpolizei". Einst hatte er das einstimmige Vertrauen der Arbeiterschaft, heute als Betriebsrat erteilen sie ihm einstimmig ein Mißtrauensvotum!

Noch ein anderer Gesichtspunkt: Trotz des einstimmigen Mißtrauensvotums geht der Herr Rat nicht. Der Unternehmer bildet ihn, weil er die wirtschaftliche Macht hat. — Wessen Funktionäre sind nun die Betriebsräte?

Auch diesem einstigen Klassenkämpfer hat die Belegschaft das Genick gebrochen mit dem Betriebsrätegesetz. Darum: wählt nicht Betriebsräte auf Grund des Betriebsrätegesetzes, wählt nach Kommissionen, Aktionsausschüsse, die zwischen euch arbeiten, die ihre Aufgaben nach jedem Aufstande erledigt haben und die stets durch andere ersetzt werden können.

Achtung! Tauschexemplare!

Die politischen Hochstapler, die wir als Revolutionsschmarotzer entlarvten und hinauswarfen, haben neue Betrügereien gegen uns begangen. Die sich „Offener Richtung" nennenden Leute, denen die paar Hyperin-Proletarier entgleisten, sind geplatzt, greifen in ihrer Verzweiflung zu immer schmutzigeren Mitteln. Ihnen liegt daran, die revolutionäre Bewegung zu schädigen, auch wenn sie keinen Vorteil mehr daraus ziehen.

Neuerdings haben diese Leute an die Zeitungen, mit denen wir Exemplare austauschen, gschrieben (unterzeichnet Geelhaar) und sie an die Adresse des ausgeschlossenen Geelhaar-Reichsdirigiert. Wir haben eine ganze Zeit, bis wir den Betrug aufdeckten, die Exemplare des „Kampfruf" geliefert, und sie bekamen dafür die Austauschexemplare der betreffenden Zeitungen.

Nachdem ihnen ihre anderen Betrugsmanöver nicht mehr gelingen, greifen sie zu kleinen erbärmlichen Schikanen. Die Zeitungen, die den „Kampfruf" bekommen und ihn weiter wünschen, bitten wir, ihre Austauschexemplare wieder an die Adresse zu senden, an die sie gesandt wurden, bevor sie der p. Geelhaar oder irgend ein anderer Lumpazius umbrigiere. Da diese Leute — wahrscheinlich bei G. — sich die Adressen der Austauschzeitungen während ihrer früheren Mitgliedschaft durch unlautere Manipulationen verschafften, scheint es auch möglich, daß sie unseren „Kampfruf" auf der Post umbestellen, daß deshalb der aber nicht an die Adressaten gelangte. Wir bitten daher um Nachricht, wo der „Kampfruf" in letzter Zeit nicht eingetroffen sein sollte. Falls Wert darauf gelegt wird, liefern wir unser Blatt nach, so weit es uns möglich ist.

Bei weiteren unsauberen Streichen werden wir den Leuten das Handwerk legen.

Mitteilungen

Quittung

Vom 7. bis 13. Oktober gingen ein:

Von Magdeburg: Pflichtbeitrag .K 701, für Material von Sonneberg 1. Zb .K 100, für Zeitung von Kattenitz .K 50, Pottenau .K 120, Großstaßfurt .K 210, Frose-Anhalt .K 625, Aschersleben .K 1180, Ammendorf .K 105, Chemnitz .K 520, Freital-Deuben .K 42, Gierstedem .K 1425, Goldlauter .K 1245, Weimar .K 168, Zittau .K 365, Sonneberg .K 200, Weißen .K 220, Jena .K 180, Holzhausen .K 205, Altenessen .K 340, Speyer .K 1950, Frankfurt a. M. .K 1485, Hörsbeim .K 1750, Hemsbach .K 510, für Zeitung und Material von Zehorze .K 200, für VBUA. von Sonneberg .K 100, Frankfurt a. M. .K 900, für die „RZ." von Sonneberg .K 150.

Gelder für Zeitung sind bis zum 15. jeden Monats einzusenden, widrigenfalls erfolgt keine weitere Zustellung. Bei Geldsendungen ist auf den Postabschnitt anzugeben: für Zeitung, Material, Solidarität, Umlage zu .K 2, Umlage zu .K 5, Flugblätter.

An die Wirtschaftsbezirke.

Sämtliche Wirtschaftsbezirke sind verpflichtet, umgehend den Sitz des Wirtschaftsbezirks-Arbeitsausschuß und die Namen der angeschlossenen Ortsgruppen dem RAU. einzusenden.

Wir machen die Wirtschaftsbezirke nochmals auf den Beschluß des RAUR., einen Pflichtbeitrag von 2 Mark pro Woche zu entrichten, aufmerksam.

Reichsarbeitsausschuß.

Groß-Berlin.

Bis zum 1. November muß alles alte Markenmaterial an die Hauptkasse abgerechnet sein. Ab 1. November 1922 dürfen nur noch die für Oktober beschlossenen Marken geklebt werden. Die für jeden vor dem 1. Oktober rückständigen Wochenbeitrag muß ein Oktoberbeitrag bezahlt werden. Beschluß der 22. Kommission.

Referenten

sind durch den Verlag der KAU., Landsberger Straße 6, zu beziehen.

Für den Pressefonds gesammelt auf Liste Nr. 7 .K 140, Nr. 8 .K 580, Nr. 68 .K 328.50 (Aga.), Nr. 69 .K 455 (Aga.), Nr. 70 .K 144 (Eisenbahnwerkstatt), Nr. 74 .K 135 (Eisenbahnwerkstatt), Nr. 78 .K 79, Nr. 89 .K 227, Nr. 90 130, Nr. 91 .K 75, Nr. 92 .K 155, Nr. 94 .K 80, Nr. 95 .K 90. Summe .K 2615.50.

Berliner Arbeitsausschuß.

Die BO.-Genossen aus den Betrieben S. J. Arnheim, Pantzer, Kapler, Straßenbahnwerkstätte (Uferstraße), Turbon, Rohrbach treffen sich alle 14 Tage in den für die Union angesetzten Versammlungswochen (die im „Kampfruf" bekanntgegeben werden) Dienstags nach Arbeitsschluß in der Schule Pank- Ecke Börnestraße, Zimmer 7.

Warnung!

Meyhdorf (Eisenbahner) ist als Spitzel entlarvt.

8. Unterbezirk.

Die Mitglieder müssen sofort Mitgliedskarten und -bücher zwecks Prüfung abgeben.

18. Unterbezirk.

A.-G. für Beton- und Monierbau-Siemensstadt.

Zusammenkunft aller Unionisten am Mittwoch, den 25. Oktober, nachm. 4 Uhr, Wartburg, Nonnendamm-Allee Ecke Reisstraße.

Der erste Obmann.

Verloren.

Mitgliedsbuch Nr. 971 ist. auf Wally Jezioronski, Weißenburgstraße 40. Selbiges ist anzuhalten.

Die Bezirksleitung.

Versammlungslokale

1. **Bezirk Centrum**, Wahrmannstraße 24.
2. **Bezirk SO.**, Stallschreiberstraße 47, Lokal Waßhaufen.
3. **Bezirk Moabit**, Sickingen- Ecke Berlichingenstraße, Lokal Grimm.
4. **Bezirk N.**, Gerichtstraße 74, Lokal Elgt.
5. **Bezirk Weißensee**, Lehder- Ecke Greifswalder Straße, Lokal Callas.
7. **Bezirk O.**, Bornhagener Straße 17, Lokal Cobleng.
8. **Bezirk SO.**, Lausitzer Straße 25, Lokal Lauer.
9. **Bezirk Neukölln**, Reganstraße 50, Lokal Weidenhauer.
10. **Bezirk Tempelhof**, Friedrich-Karl-Straße Ecke Konradinstraße, Lokal Mende.
11. **Bezirk Steglitz**, Zieras- Ecke Dünter-Straße, Lokal Stengle.
12. **Bezirk Jehlendorf**, Pfalznunner Straße 2, Lokal Mende.
12. **Bezirk Schöneberg-Friedenau**, Hauptstraße 87 bei Hoffe.
13. **Bezirk Charlottenburg**, Helmholtzstraße 35, „Zur Freiheit".
15. **Bezirk Prenzlauer Berg**, Antonienstraße 61, Lokal Schulze.
16. **Bezirk Lichtenberg**, Weser- Ecke Kropringen-Straße, Lokal Fecht.
17. **Bezirk Niederschönweide**, Brückenstraße 3b bei Janke, Lokal Mende.
18. **Bezirk Adlershof**, Friedenstraße, Lokal Kaiser.
19. **Bezirk Hohen-Neuendorf**, Hauptstraße 67 bei Mr. Wyman.
21. **Bezirk Nowawes**, Wollstraße 55, Lokal Otto Hiemke, jeden zweiten Freitag im Monat.

Oberswalde, Bessellbrauerei Westend (Kleinbahnhof).

Oeffentliche Quittung der VBUA. bis 30. September 1922

Aus Groß-Berlin gingen ein:

a) Auf Sammellisten: Berl. Kolbenring-Fabr. 3346 .K 5; Monierbau Menze Tegel 3610 .K 776; KWA. Chlbg. 3516 .K 3532 .K 20, 3534 .K 42, 3535 .K 45; Gen. Stuck 4133 .K 475; Konrad 4152 .K 425; 7. Bez. BO. 4192 .K 384.50; 18. Bez. 3488 .K 28; 18. Bez. Wusterhausen 3659 .K 104; Schebera, Tempelhof 3524 .K 685; Jakobi, Keibelstr. 3529 .K 491; Linke, Chlbg. 3 .K 186; Berl. Brito-Telef.-Bel. 4139 .K 153; Lorenz, Tempelhof 4154 .K 139; AEG, Hgsbdf 3634 .K 124; Messingwerke Reinickendorf 3645 .K 131; Bergmann, Tegler Weg 3669 .K 152; 3. Bez. BO. .K 238; 19. Bez. 65 .K 72.45; 19. Bez. 3455 .K 58.50; 19. Bez. 3454 .K 70, 3561 .K 121; 4. Bez. BO. 3438 .K 67, 3440 .K 3646 .K 84; 3647 .K 32, 3648 .K 232, 3649 .K 10, 3650 .K 3651 .K 198, 3652 .K 58, 3653 .K 40; Sigmund 4189 .K 3; Schmack-Niederberger 4165 .K 168; 9. Bez. 3491 .K 78, 3568 .K 4166 .K 100, 3492 .K 200, 3315 .K 356; Behr 15 Bez. 3636 .K 3; Baustelle Eichelbaum 3417 .K 1075; Gen. Wernicke 3282 .K 3; Rathn-Werk 3618 .K 200; Gen. Kosten 3345 .K 237; Liermann 3 .K 115; 3. Bez. 4057 .K 118; Dinos, Tempelhof 3317 .K 1020; Grünhagen 9. Bez. 3494 .K 285; P. Gollin 3495 .K 150, 3 .K 195; Gasanstalt Mariendorf 3527 .K 30; Berl. Brio.-Telef. 4131 .K 256.50; Glensfin Stück 4138 .K 334; Weiß-Freitag (rotti) 3690 .K 360.50; ja. Stück Mariendorf 3328 .K 80; Stolzenberg, Reinickendorf 3544 .K 240; AEG., Hgsbf. 3642 .K 9. Bez. 4117 .K 139; 16. Bez. 4117 .K 730, 4119 .K 1115 .K 120, 4118 .K 150; Allgem. Drisfranken-Kasse 3667 .K 3; Krutschs 7 .K 200; C. Jacob 4195 .K 100; 7. Bez. BO. 4127 .K 4194 .K 205 Schwarzkopp 4151 .K 193; Reichswerk Spandau 3 tallgeiferei 4118 .K 745; Fürstner Gen. 4060 .K 310, 4061 .K 4064 .K 25; Kulturkartell 3663 .K 781, Kulturkartell 3664 .K

b) Sammelmarken: 3. Bez. .K 100, 4. Bez. .K 230, 7. Bez. .K 400, 8. Bez. .K 300, 9. Bez. .K 608, 12. Bez. a conto .K 13. Bez. .K 1335, 16. Bez. .K 512, 17. Bez. .K 100, 18. Bez. .K 21. Bez. .K 1132.

c) Sammlungen aus den Bezirken: 4. und 15. Bez. .K 5; 6. Bez. .K 50, 7. und 16. Bez. .K 225, 15. Bez. .K 60, AUU. Berlin Umlage .K 25 000.

d) Sonstige Sammlungen: Fa. Schering Chlbg. .K 500, Neufuss .K 13, 81. Verkostelle Chlbg. .K 91, M. Leuenberg .K Heinacher .K 15, Bezirksamt Chlbg. .K 245, Müller .K 35, Kuss .K 306.20, Berl.-Anh. Maschfbrk. .K 50, Gen. Trams .K 50, 81. Verkostelle Chlbg. .K 231, Gen. Harzmig .K 50, Gen. Kubach .K Gen. Bömenhaupt .K 70, Zenith Beraafer Chlbg. .K 50, Gen. Kowig .K 50, Genossin Herrman .K 50, Gen. Hoffmann .K 300.

e) Aus dem Reiche: Ludwigshafen .K 9185, Chemnitz 1 .K 453, Oberswalde .K 1883, Speyer .K 624, Sonneberg .K Kränze-Barmen .K 50, Mazurek-Zaborze .K 150, Amsterdam 25, Rheinlanddelegierten .K 87, Zeiß-Mehlis .K 250, Frankfurt a. M. .K 1100.

Verantwortl. Redakteur: Arthur Hiers, Neukölln. — Verlag der Allgemeinen Arbeiter-Union. Inhaber: Karl Schubert, Charlottenburg. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Karl Bergmann, Berlin S. 42, Oranienstraße 169.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrg. 3. Nr. 41. 1922 „Der Kampfruf" erscheint wöchentlich. Preis 10,— M.

Partei und Union

Die Arbeiterklasse erträgt heute die furchtbarsten Leiden, hat acht Jahre Anschauungsunterricht hinter sich, so blutig, so grausam, so opferreich, wie nie zuvor. Und doch ist das Klassenbewußtsein, der Wille, das Joch des Kapitals abzuschütteln, schwächer ausgeprägt denn je. Eine stumpfe Hoffnungslosigkeit ist das Signum der Situation, eine Hoffnungslosigkeit, in der man höchstens als eine Lichtseite erblicken kann. Das ist die Hoffnungslosigkeit und Wirrschtigkeit auch gegenüber dem Kapital, das das Proletariat bis jetzt noch mit allen Mitteln zu stützen bereit war, und an dessen schöpferische Kraft allmählich ebenfalls der Glaube schwindet. Aber wenn wir diese Dinge in ihrer Konsequenz verfolgen, führen sie zu einer Situation, wo die Arbeiterklasse trotz alledem wieder Ereignissen gegenübersteht, die zu einer Stellungnahme zwingen. Wenn erst die Leiden einfach unerträglich, alle trügerischen Hoffnungen der reformistischen Quacksalber sich als Schwindel herausstellen, wenn das Gewitter des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gebieterisch und ohne Rücksicht auf utopische Spekulationen die künstlich verschleierten Klüfte zwischen Kapital und Arbeit aufreißt, und die beiden Klassen sich — jede den Untergang vor Augen — in das Weiße des Auges als Todfeinde sehen, dann wird es darauf ankommen, dem Proletariat, das dann zugänglich ist für die Ideen der Revolution, die in der Zeit des Winterschlafes gemachten Erfahrungen, das Ziel seines Kampfes und die Mittel zur Durchführung mit aller Schärfe, mit aller Klarheit und mit aller Nüchternheit zum Bewußtsein zu bringen. In dieser Situation werden sich — wie immer — zweierlei zeigen: Einmal auf Grund der erwachenden Solidarität ein neuer Anschluß der Union. Und jeder, der darauf glaubt, durch kleinliche Mittel die Union vor einer „Ueberschwemmung" bewahren zu können, wird Schiffbruch erleiden. Wenn das erwachende Proletariat marschiert, dann soll man es nicht aufhalten, denn es werden genug vorhanden sein, die dies versuchen.

Auf der anderen Seite dürfen wir uns jedoch nicht verhehlen, daß viel ungeordneter Wille zufließen wird. Viele, die zu uns kommen, werden noch mit kleinbürgerlichen Vorstellungen behaftet sein, die sie zur Geltung zu bringen versuchen, so daß die Gefahr einer Verwässerung unserer Grundsätze sehr wohl immer gegeben ist. Aber wird darauf ankommen, ob das Kapital, ob die jeweilige Situation dafür noch Zeit lassen wird, und ob wir immer stark genug sind, um durch das Gewicht unseres klaren Programmes so rasch die Kraft im Proletariat zu multiplizieren, daß es den Gegner entscheidend schlägt. Es wird also auf alle Fälle darauf ankommen, das Selbstbewußtsein des Klassenbewußtsein auszulösen, und das ist nur möglich durch Aufzeigung des klaren Weges und der revolutionären Möglichkeiten. Aber dieses Aufzeigen wird verbunden werden müssen mit praktischer revolutionärer Arbeit. Und es wird darauf ankommen, ein geistiges Zentrum, alle diejenigen Proletarier, die die in der Situation neu auftauchenden Fragen schon auf einer bestimmten Höhe erfassen, die den Gang der Ereignisse mit Grund ihrer Erkenntnis in seiner allgemeinen Richtung klar erkennen, zusammenzuschalten. Wenn in einer Situation, in der alles auf dem Spiele steht, die Arbeiterklasse nur als Klasse organisiert ist, und die revolutionären Elemente in der Klasse als Individuen aufgehen, wird sie selbst ein geistiges Zentrum zu bilden, das allen Erwartungen, allen Abirrungen Parole zu bieten vermag, so wird das Proletariat ohnmächtig sein. Jeder, der die revolutionäre Partei des Proletariats bekämpft, der Prinzip bekämpft, der muß zu dem Standpunkt gelangen, daß es möglich wäre, daß das Proletariat innerhalb der kapitalistischen Unterdrückung sich geistig befreien könnte, und auf Grund dieser Erkenntnis das Kapital stürzen in der Lage wäre. Wenn dem so wäre, so bedarf es keiner Revolution, denn dann könnte man ja alle Proletarier vorher aufklären, und, da die überwältigende Mehrzahl Proletarier sind, würde ein Widerstand von seiten der paar Kapitalisten so wie so nutzlos sein. Aber wer faßt der kapitalistische Zusammenbruch dem Proletariat keine Zeit. „Die Menschen machen ihre Geschichte aus freien Stücken, die Vorstellung vergangener Zeiten hat wie ein Alp auf den Hirnen der Geschlechter", sagte Karl Marx. „Aber trotzdem müssen die Menschen die Geschichte selbst machen."

In dieser Beziehung bleibt das Verhältnis der revolutionären Vorhut (das ist die Partei) zur Klasse bestehen, und es gilt gerade für die Revolution. Ein Kampf gegen die revolutionäre Partei des Proletariats, ist in Wirklichkeit ein Kampf gegen die Revolution überhaupt. Wer die Bedingungen der Revolution keine Rechnung trägt und glaubt, daß eine fixe Idee allein die Welt verändern könnte, der läuft in Wirklichkeit neben der Geschichte und wird sich, ob er will oder nicht, ehe er sich versieht, im Lager der Konterrevolutionäre befinden, und im kritischen Stadium nach „Selbstbewußtsein" schreien und über „Vergewaltigung" wettern — zusammen mit den pazifistischen Kleinbürgern.

Darüber hinaus sind die Aufgaben der Partei in ihren großen Umrissen von denen der Union verschieden. „Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein." Darauf folgt, daß beide: Partei und Union, alles versuchen müssen, die revolutionären Kräfte im Proletariat zu entfesseln, und das Proletariat zur Mitarbeit, zum Aufbau heranzuziehen. Ein Abhapseln, eine Isolierung wird und muß zum Verderben führen. Aber der Prozeß der Selbstbewußtseinsentwicklung, die Revolutionierung der Gehirne kann nur mit Erfolg beschleunigt werden, wenn die Vorhut in sich geschlossen und klar und mitleidslos alle Schwächen aufzeigt, und keinen Schwankungen unterliegt. Dies gilt gerade in bezug auf die politischen und militärischen Maßnahmen gegenüber dem Klassenfeind.

Während die Union und alle Parteigenossen in derselben in der Revolution der wirtschaftliche Apparat zur Umwälzung der Wirtschaft sein muß, ist die Partei das Hirn des kämpfenden Proletariats, das aus der Arbeiterklasse herauswachsen muß. Und genau so, wie die Union die Kräfte aus dem Proletariat saugen muß, muß die Partei die Kräfte aus der Union saugen. Gewiß wird mancher fragen: dann müßte man ja zwiefach organisiert sein? Auf diese Frage gibt Rosa Luxemburg in „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" eine Antwort, sie sagt: Gewiß! Aber nur verhältnismäßig wenige Proletarier werden doppelte Opfer an Zeit und Geld nicht scheuen im Interesse ihrer Klasse, und damit ihrer selbst.

Aber es wird sehr viel davon abhängen, ob in dem Moment, wo breite Arbeitermassen Besitz ergreifen von den Produktionsmitteln, und so praktisch nach dem Programm der Union handeln, jener Kern so groß ist, daß er kühn und entschlossen das Proletariat zum Sturm gegen alle politischen und militärischen Hindernisse zu führen vermag. Die Diktatur des Proletariats wird keine Spielerei sein. Die politischen Mäte werden neben den Räten, die im Wirtschaftsprozeß eine Riesenarbeit vorfinden werden, nicht minder große Aufgaben zu lösen haben. Die Rote Armee des Proletariats wird ein Nichts sein, wenn nicht der politische Inhalt vorhanden ist. Turmhoch werden sich die Aufgaben türmen, die bewältigt werden müssen, soll der Bourgeoisie das Privateigentum entrissen werden.

Für das revolutionäre Proletariat gibt es deshalb keine Frage Partei und Union, die resultiert aus kleinlichem Konkurrenzneid. Für den revolutionären Proletarier gibt es nur eine Frage der Bedingungen der Revolution und den kommunistischen Kampf um das Ziel. Und daraus resultiert die Notwendigkeit der Union und Partei als die Organisationen des Proletariats in der Revolution. Die Sturmzeichen mehren sich, das Dröhnen des kapitalistischen Zusammenbruchs wird und muß über kurz oder lang die Lohnsklaven zum Erwachen bringen. Wir dürfen nicht überrascht werden. Für uns muß immer und jederzeit die Parole lauten: Klar zum Gefecht! Dem Feinde den Daumen aufs Auge, und das Knie auf die Brust!

Das Wesen des Reformismus

Der Opportunismus schließt nicht notwendig eine laute, friedfertige, entgegenkommende Haltung und Sprache im Gegensatz zu einer dem Radikalismus gehörenden schärferen Tonart ein; im Gegenteil verbirgt sich der Mangel an prinzipieller klarer Taktik nur zu oft hinter radikalen kräftigen Worten; und es gehört gerade zu seinem Wesen, in revolutionären Situationen auf einmal alles nur von der großen revolutionären Tat zu erwarten. Sein Wesen ist, immer nur das Augenblickliche, nicht das Weiterabliegende zu berücksichtigen, an der Oberfläche der Erscheinungen zu haften, statt die bestimmenden tieferen Grundlagen zu sehen. Wo die Kräfte zur Erreichung eines Zieles nicht sofort ausreichen, ist es seine Tendenz, nicht diese Kräfte zu stärken, sondern auf anderem Wege, ohne Kampf des Zieles zu erreichen. Denn das Ziel ist der augenblickliche Erfolge und dem opfert er die Bedingungen künftigen, bleibenden Erfolges. Er beruft sich darauf, daß es doch oft möglich ist, durch Verbindung mit anderen „fortschrittlichen" Gruppen, durch Konzessionen an rückständige Anschauungen die Macht zu gewinnen.

Aus: **Anton Pannekoek: Weltrevolution und kommunistische Taktik.** Arbeiterbuchhandlung Wien 1920.

Betrugsparolen

Kurz vor dem Kongreß in Genua schrieb der englische Volkswirtschaftler Keynes in einem italienischen Blatte, „daß gegenwärtig ein viel größerer Betrug verübt wird, als derjenige es war, der 1914 den Weltenbrand einleitete". Auch das deutsche Proletariat wird einst erkennen, daß nie in der Geschichte mit einer Klasse so gefährlich Schindluder getrieben wurde, wie gegenwärtig mit der deutschen Arbeiterklasse.

Wir können heute davon absehen, die Politik der Gewerkschaften zu beleuchten, da wir es fortlaufend tun. Mitschuldig an der Totengräberarbeit der Gewerkschaften für das Proletariat sind diejenigen, welche die Proletarier in die Gewerkschaften treiben, weil sie den Gewerkschaftsapparat zu erobern hoffen, um eine Waffe zur Beherrschung des Proletariats in die Hand zu bekommen, statt diesem Proletariat den Weg zu weisen, wie es als Klasse das Joch abschütteln kann; die alles daransetzen, das Proletariat in seinen Illusionen zu wiegen, statt diese zu zerreißen und ihm zu sagen: „Nur einen Weg gibt es zu eurer Erlösung: den Sturz der demokratischen Republik, die Eroberung der politischen Macht durch das als Klasse organisierte Proletariat, den Sturz des Kapitalismus, Eroberung der Produktion um diese, ziel- und planmäßig organisiert, für den Bedarf der Arbeiterklasse auszunützen."

Die Politik der KPD. ist ein eintöniges Ableiern der Walzen, die aus Moskau gesandt wurden. Aus jedem Wort, aus jeder Zeile schreit es uns entgegen: Macht es wie 1918, damit wir an die Reihe kommen, damit endlich „radikale" Führer an die Spitze kommen. Ar

Die Schwindelparole für den sog. Betriebsrätekongreß war auf den besten Wege, in Lächerlichkeit zu verderben, wie die Proletarier sehr schnell die Kontrollkommissionsmache erkannten. Für einige Zeit wird sie noch von dem bewaffneten Aufmarsch der Orgesch und den Verhaftungen der Funktionäre zehren. Diese Bewegung, die mit großem Getöse und noch größeren Aufwand von Geld und Arbeitskraft ins Leben gerufen wurde, ist im Nullpunkt, weil nur politische Schieber und rettungslos verzweifelte Proletarier dahinter stehen. Das lange Programm voll Unmöglichkeiten, ist konzentriert auf eine einzige lächerliche Forderung in zwei Punkten:

1. **Abgabe verbilligter Kartoffeln (zwei Zentner pro Kopf)** an die arbeitende Bevölkerung, insbesondere an die Erwerbslosen, Sozialrentner und Kriegsopfer. Unentgeltliche Abgabe von Milch, Nahrungsmitteln und Wäsche an proletarische Wöchnerinnen und Säuglinge.
2. Uebernahme und Verteilung des gesamten Holz- und Kohlenhandels durch die Stadt unter Kontrolle proletarischer Ausschüsse. **Abgabe von je drei Zentnern verbilligter Kohle pro Kopf.** Keine Vermögenssteuer für Werktätige, Krankenhäuser und Schulen.

Die „verbilligten" zwei Zentner Kartoffeln und drei Zentner Kohlen liegen im Bereich des Möglichen. Mit diesen Mätchen hofft die KPD. die Massen zu fangen. Sie rechnet damit, daß das Kapital, wenn es in die Enge getrieben wird, seiner Regierung den Wink gibt: „erfüllt", um dann zu sagen: seht was wir für euch herausgeholt haben, wenn mehr Proletarier hinter uns stehen, können wir mehr herausholen. Und mit zwei Zentnern „verbilligter" Kartoffeln und drei Zentnern Kohlen hofft die KPD. die Massen vor ihren Wagen zu spannen, um die dunklen Ziele der Herren Führer zu erreichen. Die anderen Forderungen sind nicht ernst gemeint und dienen nur als Leimrute. Diese ertilken, hieße, daß Regierung und Kapital sich den Ast absägen, auf dem sie sitzen, hieße sich des Profits berauben, ohne den Kapitalismus nicht möglich ist. Sie könnten nur erfüllt werden, wenn der Kapitalismus gestürzt ist. Das will die KPD. keineswegs, denn sie erstrebt nur die Arbeiterregierung, die mit ihrem „Betriebsräten" den Kapitalismus, die Privatwirtschaft „kontrollieren" will. Daß sie in ihrem neuen Programmentwurf diesen Mumpitz nur als „Uebergangsstadium" erklärt, ist bemuntzte Schwindel. Das Proletariat hat die „Uebergangsstadien" der Führer zur Genüge 1914 und 1918 kennengelernt. Sie werden verankert in Ministerposten und Staatsfutterkrippen der Führer und im Massensterben der Arbeiterklasse.

Die Parolen für Kontrollkommissionen und Betriebsrätekongresse als Vorarbeit für die „Arbeiterregierung" kommt aus Moskau. Ihr gleichzeitiges Auftreten in allen Ländern, in denen die 3. Internationale Einfluß hat, u. a. in der Tschechoslowakei, Jugoslawien usw., beweist das. Man versucht, in dieser Bewegung große Massen von Gewerkschaftsmitglieder zu fesseln um sie, wenn die Gewerkschaftsposten nicht erobert werden können, von den Gewerkschaften abzuspalten. Gelänge es heute, daß nur eine oder zwei Millionen Proletarier den Gewerkschaften die Beiträge sperrten, wären diese zerbrochen, Zehntausende Angestellte müßten entlassen werden und für die in den Gewerkschaften verbleibenden Mitglieder müßten die Beiträge so hoch geschraubt werden, daß sie wegliefen. Würde es auch dann nicht gelingen, die Gewerkschaftsapparate zu erobern, würde man mit den abgesplitterten Massen, die hinter der Betriebsrätebewegung stehen, neue schaffen. Mit den radikalen Phrasen und den utopischen Forderungen würden zweifellos Massen erhöhert, wenn man ihnen vorredet, ihr Los könne ohne Revolution, ohne radikalen Umsturz gebessert werden. Und letzten Endes würde das Kapital mit dem Gewerkschaftsapparat die Macht über das Proletariat retten, der die Massen hinter sich hat. Die „monarchistische Reaktion" aber wird mit ihren Mörderorganisationen stets hinter denen stehen, die dem Kapitalismus den Profit garantieren „ohne Einschränkung des in der Verfassung gewährleisteten Eigentumsrechts", wie Brandler vor Gericht die „Diktatur des Proletariats" schilderte.

Die Bourgeoisie hat aus ihrem wirtschaftlichen Zusammenbruch die Konsequenzen gezogen. Sie hat sich politisch gefestigt und ihre Kräfte verwissacht. Rücksichtslos haut sie sich proletarische Intelligenzen und lähmt rebellierende Proletarier niederstecken. Auf Kosten der in den Betrieben die Zeit verdrödelnden Proletarier schafft sie neue Institutionen, um in sorgenfreien Posten die besten Kämpfer des Proletariats dem Klassenkampf abwendig zu machen, um sie gegen die Arbeiterklasse einzusetzen. Erst wenn das Proletariat den Trennungsstrich zieht zwischen sich und dem Kapital und allen seinen Kreaturen, kann es die proletarische Klassenkampffront verwirklichen. Was Karl Marx uns lehrte, ist die Wahrheit: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Politische Rundschau

Giftgas

Während der närrische Wilhelm in Amerongen von Einem, der ein kleinwenig weniger Narr ist, „Erinnerungen" schreiben läßt und sie beim „Erbfeind" für hochwertige Münze als Hintertreppenliteratur verschickt, üben sich seine Spießgesellen unter dem Schutze der Republik in Staatsstreichen. Die „Reaktion" ist in denen, die sie admirabel, gerade nicht wählerisch. Ob sie Lugenmeier und Liebknecht, einen Proletarier Pfaike oder Erzberger und Rathenau haltmacht, ist ihr Nebensache. Es gilt ihr, nicht nur das Proletariat in Schach zu halten, auch die Inhaber der zu erobernden Staatskrippen müssen beseitigt werden, wenn sie den Staatsapparat in die Hand bekommen will. Die Gewerkschaftsführer sind ihr brave Komplizen beim Niederknüppeln des Proletariats. In die Staatsfutterkrippen gehören Junker und Bourgeois.

Während die Republik durch ihre Organe in Leipzig die Mörder Rathenaus „abwartete" und ihr Haupt im Schoße des größten deutschen Michels Proletariat in Sicherheit wiegte, wurde ein neues Komplott gegen den Reichskanzler gesponnen. Einer von den „besten Jungen, die Offizier wurden", war von der deutschnationalen Mörderliga gekauft, Herrn Wirth totzumachen. Aus Angst vor dem wildgewordenen „Zivilistenpack" kam ihm im letzten Augenblick die Erkenntnis, daß er eine größere Belohnung herausschlagen könne, wenn Wirth am Leben bleibt, und verriet den Plan.

Die Orgesch ist das Deutschen Vaterland. Wer schon mit Gift und Revolver nicht so umzugehen weiß, bei die wenigstens zu schießen. Andernfalls ist das „Vaterland" Herr Jedermann. Und einige andere Pistolen in München stehen sich den Schutz der Herren Mörder nicht nur nicht genügend angelegen sein, sondern sie „verraten" geheime Mordpläne an den „Feind", an die Oeffentlichkeit. Ein sog. „Volksgericht" verurteilte Jedermann zu 11 Jahren, Gerges zu 12 Jahren und Pemke zu 10 Jahren Zuchthaus. Alle noch zu 10 Jahren Ehrverlust. Wegen Landesverrat!

Während die „Richter" ihres Orgeschamtes walteten, wurde in den Straßen Münchens Mordmache geübt. Generale nahmen in Galauniform Militärparaden ab und ließen „Seine Königliche Hoheit Feldmarschall Rupprecht" hochleben. — Herr Daumer, früher Polizeipräsident in München, jetzt Rat im obersten Landesgericht, wurde vom Staatsgerichtshof freundlichst eingeladen, als Zeuge seine hohe Meinung zu äußern. Seine „vorgesetzte Behörde" war aber der Meinung, daß in Leipzig nicht nach den Grundsätzen der Orgesch verfahren werde und versah ihn die Reise! — Aus Anlaß des Todestages Königs Ludwig III. wurde im Dom ein feierliches Requiem zelebriert. An dem Trauergottesdienst beteiligte sich u. a. Kronprinz Rupprecht mit den Mitgliedern des Hauses Wittelsbach, die Königin Wilhelmine der Niederlande mit dem Prinzgemahl, welche Grüße aus Amerongen überbrachten, Ministerpräsident Graf Lerchenfeld und mehrere Minister, sowie zahlreiche Landtagsabgeordnete, Staatsräte, höhere Offiziere und Fahnenabordnungen der Regimentsvereinigungen, außerdem zahlreiche Angehörige der Reichswehr des Sozialdemokraten Sperrling, der Schlächtiger der KPD.

Herr Knörzbühnge benützt in Anlehnung an die allbeliebte „Politik" in seiner Versammlungen im Bunde zur Leitung Statt einer Glocke einen Kanonier. In Oppeln hat er damit einen Arbeiter zur „Ordnung gerufen" und ihn zur Strecke gebracht. Dafür war er einige Stunden „verhaftet".

Diese Erscheinungen sind die Kosmische des vermeßenen Kapitalismus, wie auch die Gewerkschaften der Jetztzeit. Die Gewerkschaften hat das Proletariat zuerst zu zerfetzen, um den Kapitalismus beseitigen zu können. Dann verschwindet die ganze Pest.

Putschtaktik und Verbödung

Der Wettlauf um den Schuh der Republik hat einem Proletarier das Leben gekostet und einigen Dutzend die gesunden Glieder. Alle die auf dem „Boden der Verfassung" stehenden nationalen und politischen Sport-, Turn-, Gesang- und Geselligkeitsvereine, oder welchen Namen immer die „ausgelösten" Mordeorganisationen führen, hatten zum Sonntag, den 15. Oktober, nach dem größten Rummel zum Schutz der Republik nach dem Rathausmorde leiteten auch die Lubendorffschen Mordvereine mit Wirm und Provokationen ihre Aktion ein. Die Herrschaften sehen „auf dem Boden der Verfassung" und haben sich den Schutz der Republik zur Aufgabe gemacht. Deshalb ist es ohne weiteres klar, daß sie den Schutz der Sozialdemokratie und der Schupo genießen. Während die „deutschen" Blätter die Versammlung offen und provokatorisch ankündigten und den Zweck, die „Juden" totzuschlagen, um für ihren Wilhelm Platz zu machen, gar nicht verhehlten, belehrte der „Vorwärts" die Berliner Proletarier, in Bezug auf die Gefahr, da es sich „um einen harmlosen vaterländischen Geselligkeitsverein handelt".

Mit fliegenden schwarz-weiß-roten Fahnen, mit Bannern „Mit Gott für Kaiser und Reich", mit Sanitätswachen und bewaffneten Sturmkolonnen, mit Transparenten „Schlagt die Juden tot" und anderen zum Mord aufsordernden Sprüchen, bewaffnet mit Feuerwaffen, Dolchen, Gummiknüppeln und allen möglichen Waffen rückte die Verbrechergarde unter Gesang: „Ich bin ein Preuße" an. Junker, Kapitalisten und Pfaffen protestierten, daß man einen der ihren wegen eines harmlosen Judenmordes in Leipzig — wenn auch nur zum Schein — vor Gericht gestellt und propagierten die Kandidatur Hindenburgs zur Reichspräsidentenschaft. Es war das die bewährte Konterrevolution, den Proletariern zu zeigen, was ihnen bevorsteht, wenn sie rebellieren. Es war die ganze Konterrevolution; denn hervorragende Vertreter aller Parteien, einschließlich Zentrum und Demokraten, waren vertreten. Und die republikanische Schupo, geleitet von Sozialdemokraten, kriegsmäßig ausgerüstet, fand Wache. Die Massenparade stand unter dem Schutze des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Richter, eines Mannes, der bis zum Kriege noch im Betriebe arbeitete. Die Proletarier können daraus ersehen, daß jeder dem Klassenkampfe verloren ist, wenn er erst ein Amt hat.

Daß die KPD. nicht fehlen darf, wo das Bürgertum versammelt ist, versteht sich am Rande. Nach echt bürgerlicher Putschtaktik übte sie alles nach und stellte sich zur Schlacht. Mit solchen Mitteln hat das Bürgertum seine Revolten durchgeführt, da diese nur einen König zu stürzen hatten, um den Regierungsapparat in die Hände zu bekommen. Die proletarische Revolution hat nicht die Beseitigung einiger Personen zum Ziel, sondern die Gesellschaftsordnung mit Stumpf und Stiel. Das Proletariat kämpft gegen den Kapitalismus als System, gegen eine Weltanschauung, gegen die bürgerliche Ideologie, gegen die ganze Klasse. Diese Revolution kann sich nicht im Zirkus abspielen. Die Köpfe der Proletarier mit ihrer bürgerlichen Denkweise sind das schwerste Hindernis zur Beseitigung des Kapitalismus. Hier muß angesetzt werden, um das Proletariat als Klasse zu formieren, die bürgerliche Ordnung zu stürzen und den Kommunismus zu verwirklichen. Die Diktatur des Proletariats, ausgeübt durch die aus den Betrieben hervorgehenden Räte, wird mit rücksichtslose Energie die Bourgeoisie niederhalten, um die Bahn für eine höhere Produktionsform und Gesellschaftsordnung zu ebnen. Aber sich denn als einzelner dem Fortschritt, dem Wohle aller hindernd in den Weg stellt, wird auch als einzelner, wenn nicht anders möglich, mit der Waffe beseitigt werden.

Der KPD. war der Rummel ein willkommener Anlaß, ihrem Betriebsratsschwindel den Glorienschein umzuhängen. Mit mütrem Radau posaunt die „Rote Fahne" den Proletariern vor, es seien gleichzeitig Lokale Berlin, nach dem Zirkus Busch, eine Waffenparade einberufen.

Mit dem Rummel zum Schutz der Republik nach dem Rathausmorde leiteten auch die Lubendorffschen Mordvereine mit Wirm und Provokationen ihre Aktion ein. Die Herrschaften sehen „auf dem Boden der Verfassung" und haben sich den Schutz der Republik zur Aufgabe gemacht. Deshalb ist es ohne weiteres klar, daß sie den Schutz der Sozialdemokratie und der Schupo genießen. Während die „deutschen" Blätter die Versammlung offen und provokatorisch ankündigten und den Zweck, die „Juden" totzuschlagen, um für ihren Wilhelm Platz zu machen, gar nicht verhehlten, belehrte der „Vorwärts" die Berliner Proletarier, in Bezug auf die Gefahr, da es sich „um einen harmlosen vaterländischen Geselligkeitsverein handelt".

Mit fliegenden schwarz-weiß-roten Fahnen, mit Bannern „Mit Gott für Kaiser und Reich", mit Sanitätswachen und bewaffneten Sturmkolonnen, mit Transparenten „Schlagt die Juden tot" und anderen zum Mord aufsordernden Sprüchen, bewaffnet mit Feuerwaffen, Dolchen, Gummiknüppeln und allen möglichen Waffen rückte die Verbrechergarde unter Gesang: „Ich bin ein Preuße" an. Junker, Kapitalisten und Pfaffen protestierten, daß man einen der ihren wegen eines harmlosen Judenmordes in Leipzig — wenn auch nur zum Schein — vor Gericht gestellt und propagierten die Kandidatur Hindenburgs zur Reichspräsidentenschaft. Es war das die bewährte Konterrevolution, den Proletariern zu zeigen, was ihnen bevorsteht, wenn sie rebellieren. Es war die ganze Konterrevolution; denn hervorragende Vertreter aller Parteien, einschließlich Zentrum und Demokraten, waren vertreten. Und die republikanische Schupo, geleitet von Sozialdemokraten, kriegsmäßig ausgerüstet, fand Wache. Die Massenparade stand unter dem Schutze des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Richter, eines Mannes, der bis zum Kriege noch im Betriebe arbeitete. Die Proletarier können daraus ersehen, daß jeder dem Klassenkampfe verloren ist, wenn er erst ein Amt hat.

Daß die KPD. nicht fehlen darf, wo das Bürgertum versammelt ist, versteht sich am Rande. Nach echt bürgerlicher Putschtaktik übte sie alles nach und stellte sich zur Schlacht. Mit solchen Mitteln hat das Bürgertum seine Revolten durchgeführt, da diese nur einen König zu stürzen hatten, um den Regierungsapparat in die Hände zu bekommen. Die proletarische Revolution hat nicht die Beseitigung einiger Personen zum Ziel, sondern die Gesellschaftsordnung mit Stumpf und Stiel. Das Proletariat kämpft gegen den Kapitalismus als System, gegen eine Weltanschauung, gegen die bürgerliche Ideologie, gegen die ganze Klasse. Diese Revolution kann sich nicht im Zirkus abspielen. Die Köpfe der Proletarier mit ihrer bürgerlichen Denkweise sind das schwerste Hindernis zur Beseitigung des Kapitalismus. Hier muß angesetzt werden, um das Proletariat als Klasse zu formieren, die bürgerliche Ordnung zu stürzen und den Kommunismus zu verwirklichen. Die Diktatur des Proletariats, ausgeübt durch die aus den Betrieben hervorgehenden Räte, wird mit rücksichtsloser Energie die Bourgeoisie niederhalten, um die Bahn für eine höhere Produktionsform und Gesellschaftsordnung zu ebnen. Wer sich denn als einzelner dem Fortschritt, dem Wohle aller hindernd in den Weg stellt, wird auch als einzelner, wenn nicht anders möglich, mit der Waffe beseitigt werden.

Der KPD. war der Rummel ein willkommener Anlaß, ihrem Betriebsratsschwindel den Glorienschein umzuhängen. Mit mütrem Radau posaunt die „Rote Fahne" den Proletariern vor, es seien

Je mehr es der besitzenden Klasse gelingt, proletarische Intelligenzen an sich zu fesseln, sei es durch gehobene Posten beim Kapital selbst, sei es durch Regierungs- und Staatsämter, desto mehr wird es ihr gelingen, die Arbeiterklasse zu verwirren, sie vom Klassenkampf, vom Ziel abzubringen.

Karl Marx.

Sozialdemokratische Logik

Als die Spießgesellen Marschs und Noskes, die sozialdemokratischen Werkzeuge des Kapitals, die Kapp- und Putschjahre 1919, den Waffenappell nach dem Zirkus Busch einberufen, schrieb der „Vorwärts" seine schützende Hand über den Bund für Freiheit und Ordnung" und die „Deutschvölkischen Geselligkeitsverein". Damals waren es ganz „harmlose Bürger". Man glaubte, daß sie, wie Cliff, eine Stützungsaktion für die Ministerpräsident der Gewerkschaftsbeamten vorhatten. Erst am Montag, als die Schlacht geschlagen war, schlug der „Vorwärts" Krach. Cliff, als er sich übergeugt hatte, daß die Leute ihre Hände nach den Futterkrippen ausstreckten, wurde eine „Reaktion" und „böse Gesellschaft" daraus. Und warum? Der „Vorwärts" teilt es mit. Wenn die Proletarier der KPD. nicht die Kraft bringen, sich von diesen Unmenschen zu befreien, beweisen sie mit, daß sie auch nicht ein Jota Recht haben in ihrer Organisation, daß sie weniger Recht haben als die Hetzer auf wilhelminischen Kaiserbanketten. Aber „Arbeiterin" können höchstens noch die zweitgeborene Kathenschwester gebrauchen, um für die Mordschlächter zu drehen. Solchen Irrsinn verzapft man in Intelligenzzentrale Berlin am hellen Tage. Daß die Irrenhäuser nicht ebenso angefüllt sind wie die Zuchthäuser, hat seine Ursache wohl nur darin, daß die Proletarier den Willt überhaupt nicht haben.

Daß die „Rote Fahne" Alarm schlug gegen den bewaffneten Aufmarsch der Konterrevolution, war ihre Pflicht. Diese hat aber nicht erlöschen in einem Putsch am Zirkus. Konterrevolution ist die ganze bürgerliche Gesellschaftsordnung einschließlich der Gewerkschaften, an deren Spitze die KPD. sich begleichungsweise heute Anhang ist. In den Kirchen, Kasernen, Hochschulen, in der Justiz, Verwaltung, Schulen und Kirchen hat das Bürgertum seine Stütze; die Presse, Literatur, Theater, Kinos und tausend andere Sachen sind die Waffen der Konterrevolution. Diese Hydra mit tausend Köpfen und eiserne Arm wird genährt von den Arbeitern durch den Produktionsprozeß, in dem das Proletariat zu 90 Prozent in der Mehrheit ist. Im Betriebe ist der Nährboden der bürgerlichen Macht, müssen die Zellen der proletarischen Kampforganisation sein. Im Betriebe müssen sich die fortgeschrittensten Proletarier zusammenschließen, um den Klassengenossen ihre Klassenlage aufzuzeigen, die rückständige Bürgerlich-Konterrevolutionäre Denkweise aus den Köpfen der Proletarier auszureinigen. Im Betriebe, aus dessen Macht das Bürgertum sprießt, muß die Grundlage der Klassenorganisation gebildet werden. Werden diese Betriebsorganisationen mit klaren Parolen eine Klassenpolitik treiben, werden die Proletarier gewinnen! Die Kampfront wird sich auswachsen zu einer einzigen Klassenfront. Dann wird es trotz alledem nicht Gewalt abgehen, aber das Proletariat wird Sieger bleiben, es sein Bürgertum zahlenmäßig weit überlegen ist.

Wird heute das Proletariat durch Provokationen gegeben sich den Weg durch die bewaffneten Mordbanditen zu bahnen, braucht es keineswegs ängstlich nach Luftern zu suchen, um den gleichen Weiten, mit denen man eingeschlossen werden, begegnen zu können, mit doppelter Kraft zu parieren. Damit wollen wir durchaus nicht sagen, daß die Laternen keine Abwehrmittel sind. In der Abwehr aber muß Ziel und Zweck verbunden werden. Nur Narren können glauben, daß einige Hundert Proletarier mit einigen Juniaktien die Versammlung der schwarz-weiß-roten Clique verhindern können. Und gelänge es selbst, so wäre Proletariat damit gar nicht gedient. Ein Zirkus kann einst als Aufsehrungsort für Bestien dienen, die vor Revolutionstribunal gestellt werden sollen, die Revolution sich nie im Zirkus abspielen.

Sozialdemokratische Logik

Als die Spießgesellen Marschs und Noskes, die sozialdemokratischen Werkzeuge des Kapitals, die Kapp- und Putschjahre 1919, den Waffenappell nach dem Zirkus Busch einberufen, schrieb der „Vorwärts" seine schützende Hand über den Bund für Freiheit und Ordnung" und die „Deutschvölkischen Geselligkeitsverein". Damals waren es ganz „harmlose Bürger". Man glaubte, daß sie, wie Cliff, eine Stützungsaktion für die Ministerpräsident der Gewerkschaftsbeamten vorhatten. Erst am Montag, als die Schlacht geschlagen war, schlug der „Vorwärts" Krach. Cliff, als er sich übergeugt hatte, daß die Leute ihre Hände nach den Futterkrippen ausstreckten, wurde eine „Reaktion" und „böse Gesellschaft" daraus. Und warum? Der „Vorwärts" teilt es mit. Wenn die Proletarier der KPD. nicht die Kraft bringen, sich von diesen Unmenschen zu befreien, beweisen sie mit, daß sie auch nicht ein Jota Recht haben in ihrer Organisation, daß sie weniger Recht haben als die Hetzer auf wilhelminischen Kaiserbanketten. Aber „Arbeiterin" können höchstens noch die zweitgeborene Kathenschwester gebrauchen, um für die Mordschlächter zu drehen. Solchen Irrsinn verzapft man in Intelligenzzentrale Berlin am hellen Tage. Daß die Irrenhäuser nicht ebenso angefüllt sind wie die Zuchthäuser, hat seine Ursache wohl nur darin, daß die Proletarier den Willt überhaupt nicht haben.

Daß die „Rote Fahne" Alarm schlug gegen den bewaffneten Aufmarsch der Konterrevolution, war ihre Pflicht. Diese hat aber nicht erlöschen in einem Putsch am Zirkus. Konterrevolution ist die ganze bürgerliche Gesellschaftsordnung einschließlich der Gewerkschaften, an deren Spitze die KPD. sich begleichungsweise heute Anhang ist. In den Kirchen, Kasernen, Hochschulen, in der Justiz, Verwaltung, Schulen und Kirchen hat das Bürgertum seine Stütze; die Presse, Literatur, Theater, Kinos und tausend andere Sachen sind die Waffen der Konterrevolution. Diese Hydra mit tausend Köpfen und eiserne Arm wird genährt von den Arbeitern durch den Produktionsprozeß, in dem das Proletariat zu 90 Prozent in der Mehrheit ist. Im Betriebe ist der Nährboden der bürgerlichen Macht, müssen die Zellen der proletarischen Kampforganisation sein. Im Betriebe müssen sich die fortgeschrittensten Proletarier zusammenschließen, um den Klassengenossen ihre Klassenlage aufzuzeigen, die rückständige Bürgerlich-Konterrevolutionäre Denkweise aus den Köpfen der Proletarier auszureinigen. Im Betriebe, aus dessen Macht das Bürgertum sprießt, muß die Grundlage der Klassenorganisation gebildet werden. Werden diese Betriebsorganisationen mit klaren Parolen eine Klassenpolitik treiben, werden die Proletarier gewinnen! Die Kampffront wird sich auswachsen zu einer einzigen Klassenfront. Dann wird es trotz alledem nicht Gewalt abgehen, aber das Proletariat wird Sieger bleiben, es sein Bürgertum zahlenmäßig weit überlegen ist.

Wird heute das Proletariat durch Provokationen gegeben sich den Weg durch die bewaffneten Mordbanditen zu bahnen, braucht es keineswegs ängstlich nach Luftern zu suchen, um den gleichen Weiten, mit denen man eingeschlossen werden, begegnen zu können, mit doppelter Kraft zu parieren. Damit wollen wir durchaus nicht sagen, daß die Laternen keine Abwehrmittel sind. In der Abwehr aber muß Ziel und Zweck verbunden werden. Nur Narren können glauben, daß einige Hundert Proletarier mit einigen Juniaktien die Versammlung der schwarz-weiß-roten Clique verhindern können. Und gelänge es selbst, so wäre Proletariat damit gar nicht gedient. Ein Zirkus kann einst als Aufsehrungsort für Bestien dienen, die vor Revolutionstribunal gestellt werden sollen, die Revolution sich nie im Zirkus abspielen.

Wirtschaftliche Rundschau

Produktion, Dividenden und Elend steigen

Das deutsche Proletariat hat die Parole des ADGB. „mehr arbeiten, weniger verbrauchen" befolgt bzw. sich bieten lassen. Die Produktion des Grundstoffes der Wirtschaft, der Kohle, steigt ständig. In demselben Maße steigt das Elend infolge der sinkenden Kaufkraft, die sich aus der stürzenden Mark ergibt.

Auf den Zechen des Ruhrbrechens (einschl. der linksrheinischen Gruben) wurden im September 1922 in 26 Arbeitstagen 8 265 688 Tonnen Kohlen gefördert gegen 8 336 773 Tonnen in 27 Arbeitstagen im August 1922 und 7 550 871 Tonnen in 26 Arbeitstagen im September 1921. Die arbeitstägliche Förderung betrug im September 317 911 Tonnen gegen 308 769 Tonnen im August 1922 und 302 072 Tonnen im September 1921. Im Vergleich zum Vormonat ist die arbeitstägliche Förderung mithin um 9142 Tonnen gestiegen. Die Mehrförderung ist zum Teil auf die geleistete Ueberarbeit, zum Teil auf die Belegschaftsvermehrung zurückzuführen. Ende August waren im Ruhrbrechen insgesamt 544 598 Arbeiter beschäftigt, Ende September 550 889, mithin ist eine Zunahme der Belegschaft um 6351 zu verzeichnen. Im laufenden Monat hat sich die arbeitstägliche Kohlenförderung etwas gehoben. Die Kokserstellung und die der Nebenprodukte ging in demselben Maße an.

Im Gebiete des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues betrug nach vorläufigen Erhebungen die Rohkohlenförderung im Monat September 8 971 165 Tonnen, die Briketterstellung 2 852 860 Tonnen (Kormonat: Rohkohlenförderung 8 867 957 Tonnen, Briketterstellung 1 867 456 Tonnen). Mithin hat die Rohkohlenförderung einen Rückgang von 3,51 Prozent. Die arbeitstägliche Förderung ist jedoch von 309 924 Tonnen im August auf 310 543 im September gestiegen, da der September nur 26 Arbeitstage, während der August 27 hatte. Die Steigerung gegen das Vorjahr beträgt mehr als eine Million Tonnen.

In Westdeutschlesien wurden im September 788 810 Tonnen gegen 701 800 gefördert. Die arbeitstägliche Förderung stieg von 25 915 Tonnen auf 30 339 Tonnen. In gleichem Maße stieg die Produktion in Koke und Nebenprodukten.

Die Steinkohlenförderung Ostoberschlesiens betrug im Monat September 2 108 630 Tonnen gegenüber 2 075 000 Tonnen im Juli 1922, bei einer Belegschaft von 148 567 Mann gegenüber 136 000 Mann im Juli 1922.

Die Koks- und Briketthertstellung ergab im Berichtsmonat 124 370 Tonnen gegenüber 114 500 Tonnen im Juli 1922.

Die Kohlenförderung Niederschlesiens betrug im Berichtsmonat 474 911 Tonnen, arbeitstäglich 18 266 Tonnen gegenüber 451 628 Tonnen, arbeitstäglich 17 525 Tonnen im August 1922.

Im rheinischen Braunkohlenrevier wurden im September 3 234 961 Tonnen Rohkohlen gefördert gegenüber einer Förderung von 2 998 105 Tonnen im gleichen Monat des Jahres 1921 und 1 710 753 Tonnen im September 1913. Mithin erreicht die Zunahme gegenüberstellung von 79 Prozent gegenüber September 1912 und 88,1 Prozent gegenüber September 1913.

Die Kalliproduktion stieg ebenfalls bedeutend. Noch mehr als die Kohlenförderung stiegen im gesamten Bergbau die Dividenden. Wo bleiben das Versprechungen der Gewerkschaften sollte die Wirtschaftslage und die Lebenslage des Proletariats heben. Wir haben stets das Gegenteil behauptet: Je mehr das Proletariat schuftet, desto mehr wird im Interesse des Sinnesprofits auf Reparationskonto verschoben und mit Nahrungsmittel muß sich die Lebenslage des Proletariats verschlechtern. Nur die Profite heben sich. Die Proletarier sitzen schon jetzt im Dunkeln und frieren. Nie hat sich die Lebenslage des Proletariats so katastrophal verschlechtert als in der Periode, in sich die Kohlenproduktion hebt. Wohl zieht das Auslandskapital aus der Mehrförderung keine Konsequenzen: Statt des Ziegers Menschenkontingents von 1,6 Mill. Tonnen fordert Frankreich nunmehr 1 823 000 Tonnen monatlich, um dem Profiten die Profite erhöhen zu können. Und dieser treibt die Gewerkschaften zu Mehrarbeit.

Der Wirtschaftskörper ist völlig erkrankt, und nichts hilft. Sinkende Valuta vermochte bisher immer noch eine Scheinkonjunktur hervorzurufen. Heute bewirkt sie schon das Gegenteil. In demselben Maße als die Mark sinkt, geht auch der Absatz zurück. Im Inlande beruht das auf der gesunkenen Kaufkraft des Proletariats. Der Absatz nach dem Auslande wird erschwert, da die deutschen Preise den Weltmarktpreisen auf dem Fuße folgen. Der Auslandsmarkt wird mehr und mehr durch die neue Industrie belleiert, da diese, koste es was es wolle, den Konkurrenzkampf aufnehmen muß, um nicht auseinanderzufallen.

Das Landesarbeitsamt der Rheinprovinz; — das größten deutschen Industriereviers — meldet ein stetes Zurückgehen der Arbeitsgelegenheit und ein langsames, aber beständiges Anfleigen der Arbeitslosenzahl. Bei Technikern und kaufmännischen Angestellten tritt das schärfer in Erscheinung. In Köln bewerben sich um 39 offene Stellen 301 Arbeitskräfte.

Es scheint, daß Restaufträge in der Industrie aufgearbeitet werden und neue weniger hereinkommen. Dadurch können Angestellte aus ausgeschieden werden, während die Arbeiter im Betrieb noch Beschäftigung haben. Die Meldungen über Einführung der Kurzarbeit häufen sich immer mehr.

Daß das Bürgertum, auch die Kleinbürger, noch nicht von der Not so erfaßt sind, beweist die amtliche Statistik über die Kursurse; es sind weniger Pleiten zu verzeichnen als in den Vorjahren. Dagegen reißt der Kampf der Industrieproletariat fortwährend weg. Die amtliche Statistik über die Bevölkerungsbewegung im Sachsen zeigt im ersten Halbjahr 1922 gegenüber dem zweiten Halbjahr 1921 eine Abnahme der Eheschließungen von 29 470 auf 27 187, eine Abnahme der Lebendgeborenen von 57 290 auf 51 810, eine Zunahme der Totgeborenen von 1895 auf 2058, eine Zunahme der Sterbefälle von 30 012 auf 33 347. Demnach betrug der Ueberschuß von Lebendgeborenen über die Sterbefälle im zweiten Halbjahr 1921 22 278, im ersten Halbjahr 1922 16 502, was einer Abnahme des Geburtenüberschusses von 4650 entspricht. Sachsen ist ein reiner Industriestaat.

Und immer mehr schwillt die Papierflut an. In der ersten Oktoberwoche erreichnahmte das Reich 53 Milliarden Mark, während die Kassen 54,2 Milliarden betrugen. Die Zunahme der schwebenden Schuld beträgt 68,8 Milliarden, die damit 189,7 Milliarden Mark beträgt.

Der Banknotenumlauf erhöhte sich um die Rekordziffer von 20,9 Milliarden auf 574,5 Milliarden. Der Umlauf an Darlehnskassenscheinen nahm um 25,2 Millionen zu und beträgt jetzt 14,1 Milliarden Mark. 44,1 Milliarden Reichsmarkte Schatzanweisungen vermehrten die Bestände der Reichsbank. Ebenso erhöhte sich der Wechselbestand um 9,6 Milliarden. Das Reich deckt Das für Tag für 5 Milliarden Mark neue Noten und wird Defterreich bald eingeholt haben. Die Postgebühren sollen zum 1. Dezember verdoppelt und umfangreiche Personalentlassungen vorgenommen werden. Ebenso die Eisenbahntarife. Diese werden erhöht, weil die Kohlenpreise erhöht wurden. Ab 18. Oktober wurden wieder die Kohlenpreise erhöht, weil die Frachten erhöht waren. Und jetzt sollen die Frachten wieder erhöht werden, weil die Kohlen teurer geworden sind. Dieses Wäuchenwechselspiel wird vor dem völligen Zusammenbruch kein Ende finden. Der Berliner „reinsozialistische" Magistrat läuft über Sturm gegen den Staat, weil die Eisenbahntarife auf der Berliner Stadtbahn (eine Staatsbahn) so „billig" sind, daß sie der Magistratsbahn Konkurrenz bieten! Berlin ist rettungslos pleite. Zum Glück gibt es aber wieder Gewerkschaften. Auf Kosten des Proletariats, das immer „mehr arbeitet und weniger verbraucht", gibt es eine Schicht Schlemmer; diese zu fördern, ist Pflicht des Proletariats, denn der „sozialistische" Magistrat führt eine Schlemmerfuhre ein, die ihm täglich 2 Millionen Mark einbringen soll. Je mehr und die Proletarier hinnern, desto mehr Steuern bekommt die „sozialistische Gemeinde" Berlin. — Es geht nichts über Sozialismus, wenn er demokratisch betrieben wird.

Verelendungstaktik

In demselben Augenblick, in dem die Regierung es ablehnte, die Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen, weil nur rund 12 000 Unterstützungsempfänger vorhanden seien, meldete die amtliche Statistik 178 900 tatsächlich Arbeitslose. Die Erwerbslosenunterstützung beträgt pro Woche knapp einen Stundenlohn der Arbeiterschaft, und diese bekommen außerdem nur ein geringer Prozentsatz der Erwerbslosen. Gering gerechnet, die von der amtlichen Statistik nicht erfaßten mitzugerechnet, waren zu jenem Zeitpunkt mindestens 250 000 Arbeitslose vorhanden. Trotz der Verordnung, daß der Entlassung Kurzarbeit vorzugehen hat, dürfte in diesem Augenblick — Familienangehörige mitzugerechnet — in Deutschland eine Million Proletarier ohne Einkommen dem Hungertode preisgegeben sein.

Daß gegenwärtig nicht einmal Arbeitslosigkeit nötig ist, um zu verhungern, wird selbst durch die amtlichen Statistiken bewiesen. Die Sterblichkeitsziffer infolge Hungerkrankheiten und diese selbst steigen erschreckend an. In erster Linie sind es die Krankheiten, die auf direkte Hungerkrankheiten zurückzuführen sind, als: Skorbut, Wassersucht, Tuberkulose und Knochenerweichung.

Die Stickstoffwerke in Stillegung und Einschränkung von Betrieben nehmen sich von Tag zu Tag. Die katastrophale Wirtschaftskrisis ist der Ausdruck der heillos zerrütteten Wirtschaft. Die bürgerliche Presse bis zur „Roten Fahne" führen den Marksturz auf die Oberste Devisenverordnung zurück, um dem Proletariat zu verheimlichen, daß die Arbeiterklasse dem Hungertode preisgegeben ist, um den Gewerkschaften und damit um Kapitalismus festhält. Die Mark stürzt nicht wegen der Devisenverordnung, sondern trotz ihr. Diese Verordnung verbietet nur den Ankauf ausländischer Zahlungsmittel für Nichtgroßkapitalisten. Banken, Bankiers, Großhändler und Großhandelsvereinigungen sind von ihr nicht berührt.

höchste Strafe verlangte, denn man müsse bedenken, welche Stellung der Kläger — „Betriebsratsobmann, darauf ist Gewicht zu legen" (wörtlich) — bekleide. Und den Charakter des Angeklagten könne man schon daran erkennen, daß er sich aus Recht und Gesetz nichts mache und noch dazu lache. Vielleicht würde er auch noch bei einer hohen Gefängnisstrafe lachen. (Das sollte wohl heißen: brummt ihm Gefängnis auf!!)

Das Gericht erläuterte dann in seinem Beschluß, daß es die Person des Klägers vor Angriffen schützen müsse. Die Strafe wurde auf 10 000 M. bemessen. Außerdem: Publikation des Urteils im „Klassenkampf". (!)

Wenn die KPD. glaubt (wenn die stadt dahinter), mit Hilfe der bürgerlichen Gerichte die unbequemen Mahner und Dränger mundtot zu machen, und wenn sie wähnt, Gerichtsurteile der herrschenden Klasse könnten sie von ihrem konterrevolutionären Verhalten in den Augen der Arbeiterschaft reinwaschen, dann irrt sie. Denn je mehr sie sich auf den gesetzlichen Boden stellt, desto deutlicher wird es jedem Revolutionäre einleuchten, wohin die Reise geht. Nur weiter so, verehrteste KPD., so brauchen wir es nicht zu tun, dann demaskiert ihr euch selbst."

Gewerkschaftliche Rundschau

Selbst- oder Massenbetrug?

Der Zentralausschuß der KPD., der am 15. und 16. Oktober tagte, hat eine mehrere Spalten lange „Resolution zur Gewerkschaftsfrage" angenommen („R. F." 465), in welcher sich die Herrschaften vorgaukeln, daß sich ihre Zellenarbeit „voll bewährt" hat (!) und daß „dieser wachsende Einfluß in der Arbeitermasse" „aus der planmäßigen Arbeit unserer Gewerkschaftsfraktionen" resultiert. Des weiteren bescheinigen sich die KPD.-Herrscher, daß sie diejenigen sind, welche die Gewerkschaften erhalten, während die „Amsterdamer" sie zerstören. Hier müssen wir den Herren recht geben: Sie erhalten die Gewerkschaften vor dem Zerfall und diese erhalten den Kapitalismus. Das ist auch der einzige Daseinszweck der KPD. Und um ihn zu erreichen, werden die Proletarier nach Strich und Faden verbildet. Der Punkt 5 der Resolution anerkennt:

1. die Richtigkeit der bisherigen Gewerkschaftstaktik der Kommunistischen und Roten Gewerkschafts-Internationale und die Notwendigkeit ihrer rückhaltlosen Fortsetzung, weil sie erfolgreich ist;
2. die Steigerung der aufklärenden Arbeit in den Gewerkschaften und ihre noch planmäßigere und intensivere Durchführung im Sinne des Jenaer Parteitagbeschlusses als bisher;
3. die Zurückweisung aller Stimmungen, die aus Verärgerung über die geschilderten Methoden der Amsterdamer oder aus revolutionärer Ungeduld wegen zu langsamen Fortschreitens unserer Arbeit mit den Gewerkschaften brechen und neue Organisationen gründen wollen.

Unser Kommentar ist nur eine Zeile: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Kapital und Gewerkschaften Hand in Hand

Den Konjunkturrückgang und die damit verbundene Verschlechterung des Arbeitsmarktes nützt das Kapital zu Provokationen aus. In der Krupptschen Gießerei in Essen traten 400 Mann (nicht 700, wie die Presse meldete) in den Streik, um wirtschaftlich anderen Arbeitern der gleichen Kategorie gleichgestellt zu werden. Der Streik war gewerkschaftlich „sanktioniert". Darauf wurden die Streikenden sofort entlassen und denen, die mit den Streikenden sympathisierten, die Entlassung angedroht. Darauf traten 3000 Arbeiter in den Sympathiestreik. Die Firma ließ bekanntmachen, daß, wer nicht sofort (bis Sonnabend voriger Woche) die Arbeit aufnimmt, restlos entlassen wird. Der Aufforderung kamen nur sehr wenige Arbeiter nach. Die Firma schloß darauf die betreffenden Betriebe, sperrte weitere 2000 Arbeiter aus und schlug diese Bekanntmachung an:

„Die gesamten Lobe-Betriebe sind geschlossen. Wer am Sonnabend gearbeitet hat, ist bis auf weiteres beurlaubt. Bis zur Eröffnung der Betriebe melden sich diese Leute von morgen an bei jedem Schichtwechsel in der Fabrik."

Den Streikbrechern, die jetzt mit ausgesperrt sind, wird der Lohn weiter gezahlt. — Das ist typische Gewerkschaftstaktik: Die Proletarier in Kleinstreiks zu zermürben, um den Explosivstoff zu verpassen, damit größere Kämpfe vermieden werden. Der D.M.V. läßt nichts von sich hören. Er wird die Proletarier auswürgen und dann durch „Verhandlungen" den Betrieb „reinigen". Während das Kapital große Schichten Proletarier auf die Straße setzt, schreien die Gewerkschaften weiter: „Nur Arbeit kann uns retten!"

Sie provozieren

Krupp ist in diesem Falle vorgeschobener Posten des rheinisch-westf. Kapitals, als Schrittmacher des Kapitalismus überhaupt. Den Marschtritt versucht das Kapital auszunützen zur Herabsetzung des Reallohnes und den herabgesetzten Lohn wieder zur Arbeitszeitverlängerung. Die süddeutschen Metallindustriellen haben vor einigen Tagen den Beschluß gefaßt, alle Lohnerhöhungen abzulehnen, ohne Rücksicht auf den Kursstand und die Preissteigerung. Daß dieses im Einklang mit dem Gesamtkapital geschieht, kommt zum Ausdruck in einem Brief, den der rheinische Großindustrielle Thissen an den Reichskanzler gerichtet hat. In diesem heißt es u. a.:

„Eingeleitet muß das Erforderliche von der Regierung werden; denn nur sie hat die Mittel in der Hand. Daß es ohne Kampf nicht abgehen wird, darüber bin ich mir klar. Aber wir müssen den Kampf einmal durchfechten, und je eher es geschieht, um so mehr können wir noch retten. Es handelt sich jetzt um Sein oder Nichtsein. Die Masse des Volkes muß — notfalls gegen ihren eigenen heftigen Widerstand — vor dem vollständigen Ruin geschützt werden."

Zugeständen ist das Kapital mit den Gewerkschaften schon dabei, das „Volk" zu „schützen". Die Metallarbeiter des rheinisch-westfälischen Industriebezirks hatten bisher 70 Mark Stundenlohn. Der Schlichtungsausschuß, zusammengesetzt aus Kapitalisten und Gewerkschaftsvertretern, haben diesen jetzt um 15—20 Mark „erhöht". Dagegen lasen die Proletarier Sturm. Und jetzt setzt die „Aktion" der Gewerkschaften ein. Die „freien" und H.-D.-Gewerkschaften nahmen (am 24. Oktober) eine „Urabstimmung" über Annahme oder Ablehnung vor. Neben den Abstimmungszetteln sollen noch Kündigungszettel ausgefüllt werden. Die Kündigungstermine sind größtenteils verschieden. Darauf beruht die Stärke des Kapitals und seiner Gewerkschaften. Die Proletarier erkennen z. T., daß das Komödie ist und beteiligen sich an dem Abstimmungsschwindel nicht. Dadurch wird — nach den Statuten der Gewerkschaften — die Kündigung „abgelehnt". Kommt sie aber trotzdem zustande, beginnt der Ausstand überall verschieden. Die Ersten haben sich schon totgestreikt, bevor die Letzten beginnen.

Die Gewerkschaften werden die Streikenden hübsch isolieren, und dadurch hat das Kapital schon gewonnen. Die Proletarier werden aber nach wie vor glauben, daß ihre Gewerkschaften für sie kämpfen, und die KPD. treibt die Proletarier weiter in die Gewerkschaften — zum Nutzen des Kapitals.

Wir warnen Widerspenstige

Die Revolutionierer ernten, was sie säen. Immer mehr werden sie aus den Gewerkschaften gemorsen und die Krippen rücken in schwindelnde Ferne. Durch ihre Mitgliedschaft und die Beiträge verleihen sie den Diktatoren Allmacht, und diese nützen ihre Machtbefugnisse rücksichtslos aus. Hier ein Dokument:

„Werter Kollege H.!

Soeben erhalten wir die Mitteilung vom Hauptvorstand, daß wir Mitglieder, welche zu dem Betriebsrätekongreß der Kommunistischen Partei fahren, aufmerksam machen sollen, daß sie von dem Tage an nach § 14 Absatz 5 als ausgeschlossen gelten. Diese Kollegen werden also ohne unsere örtliche Stellungnahme durch den Hauptvorstand ausgeschlossen. Diese Maßnahmen treffen alle Organisationen bzw. deren Hauptleitungen. Wir geben dieses bekannt, da Pinnebergs einen Kollegen senden will, und derselbe dann nicht erklären kann, daß er nichts gewußt hat von dem Ausschluß. Auch ist es Mitgliedern unserer Organisation verboten, Mittel für diesen Zweck zu sammeln. Auch diese laufen Gefahr, ausgeschlossen zu werden.

Du willst also dies dem Kollegen Stehr bekanntgeben, er mag dann tun, was er will. Wir haben unsere Pflicht getan.

Mit kollegialem Gruß

Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Elmshorn."

(„Rote Fahne" Nr. 470.)

Aus anderen Gewerkschaften liegen ähnliche Berichte vor. In der Nr. 471 bringt die „Fahne" ein Schreiben des Ortsausschusses des ADGB. Aachen, das sich mit demselben Verbot befaßt. Ueber die Verelendung der Arbeiterklasse heißt es da:

„Mit Protesten, Demonstrationen, Versammlungen ist dieser Zustand nicht zu beseitigen. Zentralen und örtliche Verwaltungsstellen der Gewerkschaften sind ununterbrochen bemüht, durch Lohnverhandlungen eine Linderung der gegenwärtigen Teuerung herbeizuführen."

Das stimmt. Daß aber durch „Verhandlungen" etwas geändert wurde, glauben doch wohl nur Narren. Auf das eigentliche Verbot eingehend, sagt das Schreiben weiter:

„Die Kollegen, die nun vielleicht aus Unkenntnis sich da haben mitreißen lassen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich durch dieses Verhalten außerhalb der Gewerkschaftsbewegung gestellt haben. Deshalb sollen die Beschlüsse der Zentrale voll und ganz zur Anwendung kommen. Geldsammlungen, die nur für die KPD. gesammelt werden sollen, dürfen seitens der organisierten Arbeiterschaft nicht unterstützt werden, weil diese Gelder gegen die Einrichtung der Gewerkschaft verwandt werden. Diejenigen Kollegen, die trotz der Beschlüsse der Zentrale diese Arbeit für die KPD. erledigen, sollen sich nicht wundern, wenn sie ausgeschlossen werden."

Das ist richtig. Ein braves Gewerkschaftsmitglied nimmt jeden Wink des Bonzen als Befehl hin. Der Bonze darf befehlen, für wen sein Untergebener Arbeiten erledigen und sammeln darf. Daß es aber noch Proletarier gibt, die, trotzdem sie so gezüchtigt werden, immer noch schreien: „Hinein in die Gewerkschaft!" erinnert nicht an die Hunde, die beißen, wenn sie gezüchtigt werden, sondern an jene, die ihrem Peiniger die Hand und die Peitsche lecken.

Gewerkschaft der Ausgeschlossenen

So was gibt es. Es ist etwas Erhebendes um den Mannesmut und den Klassenkampfgeist richtiger Gewerkschafter. Alle haben sie ein Ziel, die Gewerkschaft der Einbereichen, der Plattfüßler, sogar die Papierkammler haben eins. Nur nicht die „Ausgeschlossenen". Diese schreien nur: „Rettet die Gewerkschaften" und warten, welche Schläge der Bonze ihnen austeilt. Und diese Gnade wird ihnen ausgiebig zu teil.

In Brandenburg a. h. erklärte der dortige Angestellte des Bauarbeiterverbandes, Schulz, „wenn bei der Lohnverhandlung für die Monate September-Oktober nicht mindestens eine 40prozentige Lohnerhöhung herauskommt, sind wir gezwungen, den Kampf aufzunehmen". Das Wortelohnamt Brandenburg sprach aber den Bauarbeitern nur 33 Prozent Lohnerhöhung zu. Einstimmig lehnten die Bauarbeiter dieses Resultat ab und traten geschlossen in den Streik. Sie waren im guten Glauben, daß die Gewerkschaft nun auch den Kampf finanzieren werde. Diese verweigerte jedoch jede Unterstützung, erklärte den Streik als „wild" und forderte die Unternehmer auf, nicht mit der Streikleitung zu verhandeln. Die „Sozialist Bauhütte", die Schöpfung der Gewerkschaft mit den Gedern der von der KPD. Hineingetriebenen, beging sofort, nachdem sie einstimmig den Streik beschlossen hatten, organisierten Streikbruch und arbeitete zu 33 Prozent. Die Nichtgewerkschaftsmitglieder aber streikten. Die streikenden Gewerkschaftsmitglieder der anderen Betriebe riefen die „Gewerkschaft der Ausgeschlossenen" an, und deren Führer, der KPD.-Mann Lüpke, erschien, um den Streikenden die „neue" Taktik plausibel zu machen. Vorher fiel den Streikenden aber vor dem eigenen Mut das Herz in die Hosen und nahmen die Arbeit wieder auf. Die „Rote Fahne" schreibt darüber (Nr. 485):

„Kurze Zeit darauf fand eine stark besuchte öffentliche Bauarbeiterversammlung in Brandenburg statt. Der Referent, Kollege Lüpke, bedauerte den Abbruch des Kampfes, die Empörung der Bauarbeiter über den Verrat Paeplows war ungeheuer und nur mit größter Mühe gelang es Lüpke, sie dahin zu bringen, daß sie die Beiträge weiter an den Bauarbeiterverband leisten. Er betonte, nur eine zentralistisch aufgebaute, also auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Industrieorganisation kann das Interessen der in der Bauindustrie beschäftigten Kollegen vertreten, er warnte vor dem Anschluß an die A.-U."

Die Proletarier, solange sie nicht den Mut aufbringen, der Gewerkschaft den Rücken zu kehren, tonnten bei Strafe des Verhungerns nicht anders handeln. Die Bonzen und die organisierten Streikbrecher werden aber weiter schreien, daß die Mitglieder der Allgemeinen Arbeiter-Union Streikbrecher seien. Und die „Gewerkschaft der Ausgeschlossenen" an der Strippe der KPD. werden weiter die Macht der Gewerkschaft zu neuen Schandstreichen mißbrauchen. Das Kapital, hauptsächlich das russische, verlangt das für die Stipendien.

Mitteilungen

Folgende Gelder sind eingegangen: Vom 14. bis 20. Oktober Groß-Berlin: Umlage à 2.— Rest. 1584 M., Umlage à 5.— Rest. 4200 M., Pflichtbeiträge September 1500 M., Pflichtbeiträge Oktober von Halle 464 M. Die BWUK. am 20. Oktober von Halle 500 M. Für Zeitung und Flugblätter: Friedrichsort 625 M., Delligsen 8990 M., Braunschweig 2470 M., Eberswalde 4000 M., Hohenstein-Ernsthal 575 M., Meißen 160 M., Grensdorf 105 M., Heidelberg 420 M., Lohr 300 M., Bitterfeld 164 M., Wittenberge 130 Mark.

An die Orts- und Wirtschaftsbezirke!

Wir ersuchen die O. und WB. uns umgehend mitzuteilen, wieviel Mitglieder sie haben; außerdem die Adresse des WBes. Laut Beschluß der RWK.-Sitzung und RK. hat jeder WB. pro Mitglied und Woche folgende Beiträge an den RAU. abzuführen: Pflichtbeitrag 2 M., für die BWUK.: 3 M.

Die Orts- und Wirtschaftsbezirke

sind verpflichtet, die restierenden Pflichtbeiträge, Umlage, sowie darinkt für Königsberg und die Beiträge für die BWUK. an den RAU. abzusenden, um ein planmäßiges organisatorisches Arbeiten zu ermöglichen.

Reichsarbeitsausschuß

Groß-Berlin.

Bis zum 1. November muß alles alte Markenmaterial an die Hauptkasse abgerechnet sein. Ab 1. November 1922 dürfen nur noch die für Oktober beschlossenen Marken geklebt werden. Da für jeden vor dem 1. Oktober rückständigen Wochenbeitrag eine Oktoberwochenbeitrag bezahlt werden. Beschluß der 22. Konferenzen

Referenten

durch den Verlag der KAPD., Landsberger Straße 6, bestellt.

Achtung! Spandau!

Die Genossen von Spandau, die sich nach wie vor zur KAPD und AAU. bekennen, werden aufgefordert, sich an folgende Adresse zu wenden: Arthur Michaelis, Berlin-Weißensee, Parkstraße 1 bei Neumann, 1 Treppe rechts.

Berliner Arbeitsausschuß

Nachruf.

Am 9. Oktober verstarb unser Genosse **Max Plewka.** Er erfüllte stets seine Pflicht als revolutionärer Kämpfer. Wir werden seinen stets gedenken.

16. Unterbezirk

AAU. — Ambi.

Die BO.-Genossen beider Werke treffen sich jeden Donnerstag 4 Uhr bei Jahnke, Niederschönweide, Brückenstraße 3b.

17. Unterbezirk

„Rote Jugend" Nr. 9/10

Kampforgan der Kommunistischen Arbeiter-Jugend

Soeben erschienen.

Aus dem Inhalt: Schließt die Reihen. — Von unserer Reichskonferenz. — Zur KP. und KJ. — An die „Kommunistische Jugend". — An die Mitglieder der KAPD. und AAU. — Von Heidelberg bis Nürnberg; und viele andere Artikel.

Gut ausgestattete Doppelnummer in Zweifarbendruck.

Preis dieser Nummer 10 Mark.

Genossen! Diese Nummer enthält für jeden Genossen KAJ. sowie AAUD. hochwichtiges Material.

Verbreitet die „Rote Jugend" in Massen.

Zu beziehen durch sämtliche Gruppen der KAJ. sowie durch den Verlag „Rote Jugend", Berlin NO 18, Landsberger Straße 6.

Quittung der BWUK.

Fa. Scheberg Nr. 3530: 250 M., Fa. Rota-Werke Nr. 4250 810 M., Berl. Prin.-Tel.-Ges. Nr. 4144: 265 M., 81. Verbl. Konf.-Ger.: 100 M., Frankfurt a. M., Umlage: 900 M., Gumberg, Umlage: 100 M.

Der gesch. Ausschuß

Mannheim.

Beitragszahlung und Mitgliederaufnahme jeden Freitag Lokal T 4a 1.

Die revolutionäre Presse muß einen schweren Kampf um ihre Existenz ausfechten. Jeder Genosse muß helfen, finanzielle Mittel zu schaffen.

Die KAPD. Groß-Hamburg hat einen Verlag ins Leben gerufen, der durch Vertrieb von politischen Postkarten und Bildern Gelder für die „RAZ." aufbringen will.

Bisher sind erschienen:

Bilder aus der Republik (pol. Karikaturen):
1. Die Republik ist in Gefahr. 5 Mark.
2. Ein Bonze spricht. 5 Mark.
3. Hohenzollern-Ersatz. 5 Mark.

Vorkämpfer der Arbeiterklasse:
1. Karl Liebknecht (Original-Linoleumschnitt). 5 Mark.
2. Rosa Luxemburg (Original-Linoleumschnitt). 5 Mark.
3. Max Holz (Photographie, Postkartengröße). 25 Mark.
4. Johann Knief (Photographie, Postkartengröße). 15 Mark.

Wandbilder:

Karl Marx (Original-Holzschnitt) auf gutem Karton, 29×38 cm. Pro Stück 30 Mark.

Revolutionäre Worte:

Liebknecht ruft! 3 Mark.

Bei Abnahme von 10 Stück an: 25 Prozent Rabatt.
Partei- und Unionsgenossen! An die Arbeit! Helft!
Bestellungen und Auskunft durch
Arbeiter-Verlag (Gustav Langefeld), Hamburg 39, Küthnerort 54.

Klassenbewußte Arbeiter

lesen die

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal.

Verlag Berlin NO 18, Landsberger Straße 6.

Die „RAZ." ist der Wegweiser in der Revolution. Die „RAZ." ist die einzige kommunistische Zeitung Deutschlands. Sie wird geschrieben von Proletariern, ständig kontrolliert und überwacht von Proletariern. Die „RAZ." ist weder durch Inserate noch durch Stipendien vom Kapital bestochen.

Verantwortl. Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag: Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands. Inhaber: G. Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Roster, Berlin, Alexandrinenstraße 110.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrg. 3. Nr. 42. 1922 „Der Kampfruf" erscheint wöchentlich. Preis 10,— M.

Praktische Gewerkschaftsarbeit

Das Ueberschichtenabkommen im Bergbau hat nicht die genügende Wirkung gehabt. Wohl hat sich die Hälfte der Bergarbeiter der Knute der Gewerkschaften gebeugt und die Ueberschichten verfahren. Der von den Gewerkschaften und vom Kapital erhoffte Erfolg ist aber zum Teil ausgeblieben und zum Teil stellt er sich zu teuer. Die Mehrarbeit soll nicht nur den Zweck haben, mehr Produkte zu schaffen, in diesem Falle mehr Kohlen zu fördern; das wichtigste ist: der Profit soll vermehrt werden. Höhere Profit möglich, ohne proletarische Arbeit, man würde auf diese ganz verzichten.

Der am 26. Oktober 1922 von dem sozialdemokratischen Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, einem Gewerkschaftsführers, im Einverständnis mit den Gewerkschaften gefällte Schiedsspruch sieht ein „Kollektivprämiensystem" vor, daß den Bergarbeitern einer Grube für die gemeinsam mehr geförderten Kohlen pro Kilo eine Mark vergütet. Dies ist das raffinierteste auspfeilstelste Selbstmordsystem, das irgendwo in der Geschichte gegen die Arbeiterklasse angewendet wurde. Es wurde in der Vergangenheit verschiedentlich in Amerika angewendet, wo die Proletarier ohne jede Organisation und ohne den scheinheiligsten Schutz waren, und es wurde verpönt. Rücksichtslose Profiteure werden durch vermehrtes Schuften ihren erbärmlichen Lohn aufzubessern suchen und werden über ihre Arbeitskollegen dreschen, und sie zur Mehrarbeit pressen. Denn der eine Arbeiter kann durch Weniger-leistung den „Erfolg" des anderen schmälern. Die Tiefe der Betriebsleitung des ADGB.: „mehr arbeiten, weniger verbrauchen", wird hier in die Praxis umgesetzt. Die Förderleistung pro Arbeiter und Tag beträgt heute etwa 600 Kilo. Der reguläre Lohn für ein Kilo Kohle zu fördern, beträgt jetzt also fast 2 Mark. Für die Mehrleistung wird aber nur eine Mark gezahlt!

Kluge Anwärter auf die Gewerkschaftsposten, die durch ihr Geheul: „Hinein in die Gewerkschaften" den Gewerkschaftsbeamteten Sklaventreibern die Stange halten, verdrehen die Augen und schreien die Bergarbeiter an: Ablehnen! obwohl sie mit dieser Politik der Bonzen vollständig einverstanden sind, da sie ihnen Wasser auf ihre Mühlen liefert. Diese KPD.-Strategen, die zu Hunderten auch über Proletarierleichen gehen, wissen sehr genau, daß „Ablehnen" oder Annehmen nicht die Proletarier entscheiden, sondern das Kapital und die Gewerkschaften. Das „Ablehnen" der letzteren ist ein ebenso großer Betrug als der Schiedsspruch. Der Weg zum „Ablehnen" ist schon gründlich verbarrikadiert.

Gleichzeitig mit der Fällung des Schiedsspruches mit „Kollektivprämiensystem, haben die anderen „bewährten" Gewerkschaftsführer im Reichskohlenrat und im Reichswirtschaftsministerium ihren Freunden, den Grubenpatronen, die Kohlenpreise sehr bedeutend erhöht. In Rheinland-Westfalen z. B. für Magerstückkohle von 5583 auf 11 050 M. pro Tonne! Das ist eine Verteuerung! Andere Kohlensorten erreichen eine Höhe prozentual nicht ganz. Diese Kohlenpreiserhöhung ist überall — prozentual — viel höher als die zugestandene Lohnerhöhung an die Bergarbeiter. Diese „Lohnerhöhungen" bedeuten in Wirklichkeit eine Profiterhöhung. Kohle aber ist der Grundstoff der Wirtschaft. Die Kohlenpreiserhöhung bedeutet eine sofortige Erhöhung des gesamten industriellen Produktionsprozesses, des Verkehrs, Gas, Licht und der Lebenshaltung des Proletariats. Da alle Produzenten und Händler noch mehr auf die Waren aufschlagen, als ihre Belastung durch die Kohlenpreiserhöhung beträgt, bedeutet die Kohlenpreiserhöhung auch für die Bergarbeiter eine bedeutend größere Belastung, als ihre „Lohnerhöhung" ausmacht. Und wenn die Proletarier im Verband den Schiedsspruch nicht ablehnen wollen, wird sie niemand daran hindern. Aber schon eingetretene Teuerung hinne sie nicht „ablehnen". Lohnen sie ab, arbeiten sie eben zu den alten Löhnen, die heute schon weniger als die Hälfte Kaufkraft besitzen, als zu der Zeit, als der Tarif abgeschlossen wurde. Die Streikenden? trollen die Postenmeister. Aber über den Streik entscheidet wieder die Gewerkschaft mit der Kasse. Und würden die Proletarier den Tarif ablehnen, dies sie die Instanzen durchlaufen haben (bei den alten Löhnen), sind sie verhungert. Und wer noch nicht ganz verhungert ist, dem gebietet der knurrende Magen: „Annehmen"! Denn er müßte beim Streiken auch dann verhungern, wenn der Streik von der hohen gewerkschaftlichen Obrigkeit sanktioniert und „finanziert" würde.

Das Proletariat ist in seinen Gewerkschaften so gefesselt, daß es nicht Herr seiner Geschicke ist, auch wenn es dazu den Willen hätte. Es gibt nur ein Mittel, die Massenfront zu schließen, den Kapital ein Paroli zu bieten: Die Gewerkschaftsbücher in den Mülleimern!

Ueberschichtenabkommen und Kollektivprämiensystem sind die Anfangsbetrugsmittel, das ganze Proletariat in Ketten zu legen, es in die Tretmühle Stinnes-Lubersac zu zwingen. Die Hauptmacher dieses Vertrages sind die deutschen Gewerkschaften. Hier muß eingeschaltet werden, daß die französischen Bergarbeiter sich gegen die Mehrförderung ihrer deutschen Sklavenbrüderschaft wenden, weil die in Deutschland mehr geförderte Kohle nach Frankreich geht, die französischen Bergarbeiter auf die Straße setzt und ihre Löhne drückt. Ferner wird die deutsche Kohle in Frankreich aufgestapelt und macht den französischen Grubensklaven einen Kampf gegen ihre Ausbeuter unmöglich. Die Mehrförderung der deutschen Bergarbeiter, die verbrecherische Machination der Gewerkschaften, bedeutet also auch organisierten Solidaritäts- und Streikbruch in internationalem Ausmaß.) Der Stinnes-Lubersac-Vertrag bedeutet Ausfuhr in großem Maßstabe von Roh- und Baumaterialien und proletarischer Arbeit, ohne Gegeneinfuhr. Die Folge ist, eine vollständige Wertlosmachung der deutschen Mark. Damit das Kapital nicht ebenfalls am Valutaverlust der Mark beteiligt wird, sind die Gewerkschaften mit der Regierung dabei, die Goldschatzanweisungen zu schaffen. Diese, die zu 25 Dollar per Stück herausgegeben werden und mit dem Sinken der Mark steigen, also ihren Goldwert behalten, können nur gekauft werden von denen, die schon heute mit vielen Hundertausenden rechnen.

Das ist die Politik der Gewerkschaften. Die Prole-

Heraus aus der Passivität!

Das Gespenst der Hungersnot zeigt mit furchtbarer Deutlichkeit seine grinsende Fratze. Die Preisbewegungen stellen alles bis jetzt dagewesene in den Schatten. Deutschland wird in dieser Beziehung neben Oesterreich das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Die primitivsten Nahrungsmittel verschwinden vom Tisch des Proletariats. Als einziger Bundesgenosse bleibt Hunger und Kälte und die Trostlosigkeit seiner Lage. Jedoch sind die Wirkungen zu katastrophal, um auch nicht den untertänigsten Proletarier in Bewegung zu setzen. Der Urhan geschichtlichen Geschehens läßt tiefe Erschütterungen zurück und erschüttert selbst die konservativsten Gehirne. Und er geht weiter, verstärkt sich, flaut scheinbar ab, um so gewaltiger durch die Gesellschaft zu rasen. Und mit der Unerbittlichkeit einer Lawine reißt er alles in den Abgrund, was nicht die Kraft findet, ihm zu widerstehen.

Die demokratische Regierung hat für die Unterhandlungen mit ihren Schuldnern wieder Vorbereitungen geschrift, die die Gewerkschaften unter den Stinnes-Lubersac-Vertrag setzten. Es war ein Aufsog. Die Gewerkschaften bekamen die Aufgabe zugewiesen, sich bei den Bergarbeitern für Ueberschichten einzusetzen. Sie haben ihre Aufgabe gelöst. Die Bergarbeiter ließen sich ködern mit ein paar Tausendmarkscheinen, bis das nächste Kriese kam. „Das deutsche Volk muß noch viel mehr arbeiten" lautet jetzt die Parole.

Mehr arbeiten! Prämiensystem! brüllt der „Vorwärts". Es ist „zum Wohle des Volkes", das ist das Schlagwort aller Demokraten. „Stabilisierung der Mark" schreit Hilferding, damit in den Massen der Glaube, daß nichts geschieht, nicht noch mehr Wurzel fasse. Man muß der „Plünderungspsychologie" entgegenarbeiten. Hauptsache die Mark fällt nicht mehr, dann können die Preise ruhig steigen. Die deutschen Proletarier sind an äußere Stetigkeit gewöhnt. Diese Stetigkeit gilt es scheinbar herzustellen, dann wird der neue Wurf gelingen. So denkt man in „maßgebenden Kreisen". Gelingt es, das Proletariat für die nach dem Prämiensystem bedingte gegenseitige Konkurrenz im Schuften zu gewinnen, so wird das deutsche Kapital wiederum konkurrenzfähig sein, denn die Sklavenhalter, dessen Sklaven noch vom Sklavengeist beseelt sind, die für ihren Herrn freudig ihr Leben opfern, kann Ansprüche erheben. Und nur unter diesen Umständen kann das Kapital die demokratische Republik weiter unterstützen und die „Nation" retten. Nur unter diesen Umständen kann die „Krise gelöst" werden. Und nur so ist für Stinnes der Profit gesichert. Und nur dann, wenn dieser Weg ohne Unterbrechung gegangen wird, können Kapital und Gewerkschaften triumphieren über das Proletariat.

Aber jene vermehrte Schufterei geht fast restlos über die Grenze. Und herein kommt dafür nichts. Und wo nur was hinaus geht und nichts herein kommt, da wird der Haufen kleiner. Und je mehr die deutschen Proletarier schuften, desto mehr geht hinaus. Stinnes lüftet sich in Devisen auszahlen. Aber er holt nur herein, was er an Rohmaterial für sein Geschäft gebraucht. Und die deutschen Proletarier müssen sich ihren trockenen Hanf zu Weltmarktpreisen kaufen, trotzdem ihr Reallohn von Tag zu Tag unaufhörlich sinkt. Und nur diese „Wiederaufbaugeschäfte" geben der deutschen Industrie noch Beschäftigung. Das Kapital befindet sich längst am sicheren Bord der Goldvaluta und läßt die deutschen Proletarier durch ihre eigene Schufterei die Mark herabdrücken, damit die Notwendigkeit zum vermehrten und immer wieder verzinsbaren Schuften nachweisen werden kann. Die durch die herabrechende Valutakrise auf die Straße geworfenen Proletarier werden — da dies die Republik beim besten Willen nicht kann — von einer „deutschen Notgemeinschaft" vielleicht noch so weit unterstützt, daß es ausreicht, das Gas, das zum Selbstmord nötig ist, zu bezahlen. Denn das muß bezahlt werden bei dem ungeheuren Dalles. Das deutsche Proletariat hat es durch seine gewerkschaftlichen Errungenschaften Gott sei Dank soweit gebracht, daß es den Weg in den Tod in allen demokratischen Ehren gehen kann.

Oesterreich ist schon einen Schritt mehr am Grabe. Die österreichische Bourgeoisie erklärt, sie habe kein Vaterland mehr, ihr Vaterland sei da, wo der Profit blühe. Das Kapital sagt: Es lebe die Internationale des Profits! Und Sozialdemokraten und „Kommunisten" „kämpfen" für die Selbständigkeit Oesterreichs und stellen Forderungen an eine Regierung, die längst abgedankt hat und die Geschäfte nur im Auftrage der „Finanzkommission" weiterführt. Dort ist die Massenarbeitslosigkeit schon in einem ganz anderen Stadium. Von einer Einwohnerzahl von 6 Millionen, die noch zum größten Teil aus Landbevölkerung besteht, gibt es 400 000 Erwerbslose. Das deutsche Proletariat kann daran ersehen, wenn Deutschland an diesem Punkt angelangt ist — und der kommt, weil die Mark, als Zahlungsmittel immer mehr ihren Wert verliert — was ihm blüht.

Und während das Proletariat diesen Weg in den Abgrund mit verbundenen Augen geht, ist die einzige Lebensregung die Frage: „Soll es so weitergehen?" Ein dunkles Ahnen bricht hin und wieder durch, und im Unterbewußtsein schlummert der Gedanke, daß das Verderben nahe ist, daß etwas geschehen muß. Aber was? Wo ist der Ausweg?

Noch glauben viele, sie haben noch etwas zu verlieren. **Wir haben nichts, aber auch gar nichts zu verlieren!** Wir sind alle verloren, wenn das Proletariat nicht begreift, daß es eine Welt zu gewinnen hat und nichts zu verlieren hat als seine Ketten. Was sich vor unseren Augen abspielt, sind nur Symptome des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, der immer katastrophalere Formen annehmen muß. Das Kapital, das sich immer mehr international vertwistet, kann nur noch gleich einer riesigen Spinne den in die Barbarei versinkenden Massen jede letzte Mark aus den Knochen saugen, dem Säugling die letzte Milch aus der Brust nehmen, die Erwerbslosen und alle aus dem Produktionsprozeß Ausgestoßenen mit einem Schlage, die noch Schuftenden langsam zum Tode verurteilen. Aber es sicher dadurch seinen Profit und tanzt den Tanz ums goldene Kalb, wenn das Proletariat diese Dinge über sich ergehen läßt.

Und das ist nicht die „Reaktion", das ist das **Kapital,** das internationale demokratische Industriekapital. Und das Kapital ist es, das stürzen muß, nicht eine bestimmte politische Form allein. Alles was die Demokratie schützt, schützt das Kapital. Und die Grundlage der kapitalistischen Ordnung ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Und deswegen kann eine Rettung nur möglich sein, wenn das Proletariat seine Kräfte auf dieses Ziel richtet, wenn das Proletariat erkennt, daß einer auf dem Platze bleiben muß: Kapital oder Proletariat. Alles andere ist Illusion und Wahnsinnspurzel.

Es gilt, endlich Farbe zu bekennen! Unerbittlich und unaufhaltsam geht die Geschichte ihren Weg. Die Revolution marschiert, und der Entscheidung ist auf die Dauer nicht auszuweichen. Aber sie kann nicht herbeigeführt werden mit Resolutionen und Einigkeit in der Passivität. Die Geschichte erfordert ein gutes Geschick und ein Proletariat, das sich bewußt ist, daß es der berufene Totengräber des Kapitals ist, daß es das Kapital bei Strafe seines eigenen Untergangs katastrophal überwinden und mit seinem Blut und seinen Leibern in den Riß der Zeit springen muß, daß die Parole lautet

Heraus aus der Passivität!